

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 2,— Mf., fürs
Ausland 2,50 Mf. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 75 Pfennig pro
4gepaßte Petitzelle.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 19 .: 34. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 14. Mai 1920

Achtung!

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme in anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Warum das notwendig ist, kann jeder wissen!

Vom 1. Mai an müssen bereits die neuen erhöhten Beiträge erhoben und bezahlt werden.

Die alten Beitragsmarken stehen den Ortskassierern nur bis zum 15. Mai zur Verfügung.

Ab 16. Mai müssen Restwochen für April mit den neuen höheren Beiträgen bezahlt werden.

Nur wer seinen fälligen Wochenbeitrag pünktlich entrichtet, sichert sich im Bedarfsfalle die Unterstützung aus der Verbandskasse.

Ereue Pflichterfüllung sichert die Rechte!

Für die Nummer 20 bestimmte Artikel und Berichte müssen bis zum 15. Mai in Händen der Redaktion sein.

Achtung! Mitglieder und Funktionäre!

Nach der Bekanntmachung in der letzten Nummer unserer Zeitung ist der Reichstarif für die Lederwarenindustrie vom Reichsarbeitsministerium als verbindlich erklärt worden.

Witihin haben alle Betriebe, welche Lederwaren herstellen, den Reichstarif mit der Geltung ab 1. Februar anzuerkennen. Alle sonstigen bestehenden Verträge und Vereinbarungen sind nun durch den Reichstarif als erledigt zu betrachten und gelten als abgelöst.

Ueber den Geltungsbereich des Reichstarifes haben die vertragschließenden Organisationen bereits im Oktober 1919 folgendes vereinbart:

„Alle Betriebe, ausgenommen die Schuhwaren-, Treibriemen- und Handschuhindustrie sowie der Karosseriebau, welche Leder, Lederimitation und Stoffe zu Portefeuilleartikeln aller Art, Reiseartikeln und Koffern, Sportausrüstungen und Sportartikeln, Gamaschen, Rucksäcken, Marktaschen, Schulranzen, Taschen aller Art usw. verarbeiten, fallen unter den Reichstarif.“

Im weiteren werden bei Gelegenheit der nächsten Tarifamtssitzung, die voraussichtlich in der Woche vor Pfingsten stattfindet, noch nähere Bestimmungen erlassen werden.

Wir bitten also streng darauf zu achten, daß der Reichstarif zur Einführung gelangt. Im übrigen bitten wir, sich an die Auskunftsstelle nach Offenbach, Kaiserstr. 49, oder an den Kollegen Hüf, Offenbach a. Main, Austraße 9, wenden zu wollen.

Der Verbandsvorstand.
H. A.: Blum.

Arbeitsordnung und Betriebsrätegesetz.

Nach § 80 Abs. 3 des Betriebsrätegesetzes ist binnen 3 Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eine neue Arbeitsordnung zu erlassen, wenn die geltende Arbeitsordnung vor dem 1. Januar 1919 erlassen worden ist. Danach müßte also in allen diesen Fällen bis zum 9. Mai 1920 eine neue Arbeitsordnung erlassen werden. Nun beabsichtigt aber das Reichsarbeitsministerium, ein Muster für eine Arbeitsordnung zu entwerfen und zur allgemeinen Anwendung zu empfehlen. Dazu sind eingehende Vorarbeiten notwendig; besonders müssen die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gehört werden. Es besteht deshalb die Absicht, durch eine Aenderung des § 80 die Frist bis zum 1. September 1920 hinauszuschieben. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll, wenn irgend möglich, noch von der Nationalversammlung erledigt werden. Es würde dann also erst bis zum 1. September 1920 eine neue Arbeitsordnung erlassen werden müssen.

Wie uns mitgeteilt wird, ist im Reichsarbeitsministerium der Entwurf eines Gesetzes über Aenderung des die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung behandelnden IV. Buches der Reichsversicherungsordnung fertiggestellt.

Während bisher fünf Lohnklassen bestanden, deren höchste einen Jahresarbeitsverdienst von 1150 Mark und mehr umfaßte, sind jetzt 8 Lohnklassen vorgesehen, und zwar bis 550 Mf., von mehr als 550 bis 850 Mf., von mehr als 850 bis 1150 Mf., von mehr als 1150 bis 2000 Mf., von mehr als 2000 bis 3000 Mf., von mehr als 3000 bis 4000 Mf., von mehr als 4000 bis 5000 Mf. und von mehr als 5000 Mark. Die Wochenbeiträge für diese Lohnklassen werden voraussichtlich betragen 100, 110, 120, 140, 160, 180, 200, 240 Pf.

Entsprechend den erhöhten Beiträgen sind wesentlich erhöhte Leistungen vorgesehen. So würde z. B. ein Versicherter, der 2000 Beiträge in derjenigen Lohnklasse entrichtet hat, welche einem Jahresarbeitsverdienst von 1150 bis 2000 Mf. entspricht, im Falle der Invalidität eine jährliche Rente von 710,40 Mf. erhalten. Die invalide Witwe eines solchen Versicherten erhielte 341,40 Mf. an jährlicher Rente und jede Witwe 157,20 Mf. Nach dem bisher geltenden Gesetz hätte nur eine Invalidenrente von 390 Mf., eine Witwenrente von 152,40 Mf., eine Waisenrente von 76,20 Mf. gewährt werden können.

Die früheren Renten sind dadurch erhöht worden, daß die bisherigen Zulagen dauernd belassen werden. Neue Zulagen von monatlich 4 Mf. sind für die bisher gewährten Waisenrenten eingeführt worden.

Der Aufbau neuer Lohnklassen führte notwendig zur Prüfung der Frage, ob die Angestellten, die bisher bei einem Einkommen bis zu 2000 Mf. auch von der Invalidenversicherung erfaßt werden, weiter in ihr verbleiben sollen. Der Entwurf hat diese Frage dadurch gelöst, daß er die Angestellten künftig nicht mehr zwanngsweise der Invalidenversicherung unterwirft. Damit soll jedoch der endgültigen Entschei-

bung der Frage nicht vorgegriffen werden, ob überhaupt die Angestelltenversicherung als besonderer Versicherungsweig aufrechtzuerhalten ist.

Neu einbezogen sind in die Invalidenversicherung die Hausgewerbetreibenden, von denen bisher nur die der Tabakindustrie und einiger Zweige der Textilindustrie versichert waren. Die Durchführung ihrer Versicherung ist im Hinblick auf die Verschiedenheit der Verhältnisse den Landesversicherungsanstalten überlassen worden.

Von sonstigen Neuerungen seien folgende hervorgehoben: Die nur gegen freien Unterhalt Beschäftigten werden der Pflichtversicherung unterworfen, das Ruhen von Renten neben höheren Renten der Unfallversicherung wird beseitigt. Ferner werden der Bezug der Witwenrente neben der Rente der Witwe aus eigener Versicherung und die Gewährung doppelter Renten an Doppelwaisen, wenn Vater und Mutter versichert waren, zugelassen. Bei Doppelleistungen soll aber der Reichszuschuß nur einmal gewährt werden. Das Witwengeld und die Waisenaussteuer, die nur einem kleinen Teil der Versicherten geringe einmalige Leistungen zugesichert haben, sowie die nur ganz geringfügig beanspruchte freiwillige Zufahversicherung sollen beseitigt werden. Der Entwurf sieht ferner vor, daß die Instanzen der Invalidenversicherung an Entscheidungsgewalt den Instanzen der Unfallversicherung und Militärversorgung, die Renten von über 66% v. S. zugesprochen haben, gebunden sind und mildert besonders die Vorschriften über den Verlust der Anwartschaft. Eine grundsätzliche Aenderung in dem Aufbau der Invalidenversicherung und die Frage ihrer Zusammenlegung mit anderen Versicherungszweigen überläßt der Entwurf der kommenden Umgestaltung der gesamten Reichsversicherung.

„Donquichotterie im Verbandsleben.“

Die Aufgaben der Gewerkschaften konnten in den Kriegs- und Nachkriegsjahren nur unvollständig gelöst werden. Ueber die Gemungen und Hindernisse, die von außen eindringen, die kapitalistischer Art sind, soll hier nicht gesprochen werden. Der Zweck dieser Zeilen ist, zu prüfen, woran es liegt, daß die Auswirkung unserer Verbandsstätigkeit auf unser soziales Leben nicht so günstig ist, wie es verlangt werden könnte im Hinblick auf die zahlenmäßige Entwicklung unserer Organisation. Im früheren Jahren war es unser schönster Traum, „wenn erst alles organisiert ist“ — der die Erfüllung aller unserer gewerkschaftlichen Wünsche beschloß. Aber in dem Augenblick, als der Wunsch Wirklichkeit wurde, verließen wir die Plattform unserer gewerkschaftlichen Aufgaben und feierten ein wirtschaftspolitisches Pfingstfest, gegen welches das Durcheinander beim Turmbau zu Babel ein harmloses Vergnügen war.

Wie die Zeit der Tat gekommen war, trat das Wort eine ungelige, das gesamte Arbeiterwohl schädigende Herrschaft an. Die besten Freunde verstanden sich nicht mehr, man erblickte in den Berufsangehörigen nicht mehr Kollegen, sondern die Anhänger dieses oder jenes politischen Glaubensbekenntnisses. Anstatt alle Kräfte bereitzustellen für unsere eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben, die doch dahin zielen mußten, Lohn- und Arbeitsbedingungen

in Einklang zu bringen mit der Inflation der Währungsverhältnisse und der jeweiligen Arbeitsgelegenheit, trat ein Zustand ein, dessen wir uns noch lange schämen müssen. Alles was in der Zeit nach dem Kriege geschaffen wurde in der Verbesserung unserer Lebenslage ist nichts anderes als ein unzulängliches Nachhinken hinter der fortgesetzt anhaltenden Steigerung der Lebensmittelpreise. Wir müssen an unsere, durch die Unterernährung etwas hochgenommene Brust schlagen und unsere Schuld bekennen, daß wir ärmer geworden sind als je an Wohlleben, an Schlagfertigkeit und, was am bedauerlichsten, an kollegialen Verträgen. Dafür hat es auf seiter unserer Arbeitgeber nicht eine Zeit so ergiebiger Ausbeute unserer Arbeitskraft und unserer Unheimlichkeit gegeben wie die lehtvergangene.

Ja, selbst die tariflichen Abmachungen, die eine Binde unserer Beschleidenheit sind, werden mehr von unseren Kollegen als den Arbeitgebern mißachtet. Der angefeindete Akkordarbeiter ignoriert alle auf die Abschaffung dieser verschärfen Art kapitalistischer Ausbeutung gerichteten Abmachungen, er betrachtet sich als „Individualist“ und braucht sich auf Grund seiner „höheren Eignung im Produktionsprozess“ an Tarife nicht zu kehren. Er wird so zum Verräter an den Berufsinteressen.

Wie groß ist die Zahl der Kollegen die den Acht-hunderttag umwandeln in eine durchgehende Arbeitswoche. Für diese Berufsopfer ist der Tarif nur für die „Geilheit“ da, sie haben sich durch Inflation und weitgehende Unterstützung besonders gerissener Kapitalisten unseres Berufes zu „selbständigen Gewerbetreibenden“ entwickelt oder nach Darwin vom Menschen zum Affen. Haben diese Würdigen es dann auch noch (vorübergehend oder dauernd) im Tarifbruch bis zu der Virtuosität gebracht, einen oder mehrere ihrer hemtelidenswerten Kollegen als ihre Arbeitnehmer zu mißbrauchen, so ist ihr Glück vollkommen und sie sind für behobende Verträge eine latente Gefahr und für abzuschließende das größte Hindernis.

Diese Entartungserscheinung, Nachaffung kapitalistischer Gepflogenheiten, ist den Trägern derselben kaum verständlich zu machen. Sie haben nur noch ein Interesse, und das ist der Kriegsdarf aller Schächer, Wucherer und sonstigen Dumelmänner: „Vereichert Euch!“

Des weiteren gibt es noch genug, die aus Mangel an moralischer Kraft oder als Resultat minderwertiger Ausbildung unter den Mindestlöhnen arbeiten, statt darüber hinaus an Bezahlung für das einjährige, was sie haben, ihre Arbeitskraft, zu verlangen. Und dies alles in einer Zeit zunehmender Radikalisierung aller Arbeiter Deutschlands! Gibt das nicht zu denken?

Diese Erscheinungen, deren Einwirkungen auf unsere Lebens- und Berufslage von ungeheuren Schäden sind, müssen wir messern, wollen wir uns nicht selbst aufgeben. Sie lähmen unsere selbstgewählten Leitungen in der Aktionslust und sind alles andere als geeignet, Mitarbeiter an Verhandlungen zu erhalten und zu gewinnen. Was das bedeutet, nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im kulturellen Leben, darüber sollte sich jeder klar werden, der sich noch einen klaren Kopf und ein warnendes Herz bewahrt hat.

Wir müssen vor allem Abkehr halten von der

Gedanken am 1. Mai.

Wieder einmal war der 1. Mai gekommen; der Weltfeiertag, das höchste Fest des Proletariats!

Wenn vor dem Krieg der 1. Mai feierlich begangen wurde, leuchteten die Augen der Tausende Versammlungsbesucher, wenn aufgefordert wurde, nicht zu ruhen, bis der 8. Maimendtag eingeführt sei und der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag gelte. . .

Wie sollte es werden in einem Staatswesen, das losgerißt von den Fesseln des Absolutismus, das Richtige Lehre von der Gleichberechtigung alles dessen was Menschenantlig trägt, in die Wirklichkeit umgesetzt hätte. Die freie, sozialistische Republik sah der Arbeiter aus weiter ferne und glaubte nie hineinzugelangen in das gelobte Land. Ach! Rehmüt und Scham erfährt einen heute beim Gedanken daran, daß noch in Leipzigs Mauern überall die Spuren des jüngsten Bruderkrieges stumme Klage erheben gegen die Vergewaltigung der Arbeiterklasse auch unter republikanischem Banner. Tief neigen wir uns heute vor den Proletariatsjöhnen, die ihr Herzblut gaben im Glauben an eine bessere Zukunft ihrer Klasse. —

Sind wir weiter als vor dem Krieg? Zittern wir nicht um die Erhaltung der päplichen Rechte, die uns die Revolution gebracht hat; mehr noch als unter dem hohenzollernischen Regime. Der Demonstrationzug nach dem Braucereigarten fällt dieses Jahr aus, um nicht nutzlos Arbeiterblut zu sperrn. Ist das die Freiheit, die wir erhofften? Wir veranstalten nachwollte Versammlungen, lassen Refolu-

gegenwärtigen Art unserer Auseinandersetzungen über das, was uns als Arbeiter und Mensch nottut.

Jetzt, inmitten der Krise im Gewerkschaftsleben, müssen wir endlich zur Bestimmung kommen und uns klarmachen, daß wir das Chaos selbst mitgeschaffen haben.

In der Vorkriegszeit unterwarf die Vereinsgesetz den Gewerkschaften jede politische Betätigung. Die meisten saßen dies als ein Verbot politischer Betätigung überhaupt auf und blieben indifferent. Als durch den Kaiserrot Wilhelm II. die Schranken politischer und geistiger Bevormundung fielen, da hatten doch die Arbeiter mit einem Schlage die Mittel in der Hand, ihr Haus der Zukunft zu bauen! Trotz allem, was auf uns lastete infolge der Erbschaft, die wir antreten mußten.

In der kritischen Zeit hat uns, als Gesamtheit betrachtet, nur eins, leider das Wichtigste, gefehlt, nämlich die Vermunft. Wir haben einfach verlag! Dürfen wir das aber tragisch nehmen? Gerade deshalb nicht, weil wir bislang Produkte der staatlichen Erziehungs- und Bildungshäuten sind, die alles andere waren als eine geistige Schulung, eine Vorbereitung auf der geschichtlichen Mission, die der deutschen Arbeiterchaft zu erfüllen obliegt.

Alle Bildungsarbeit durch Partei- und Gewerkschaft in der Vergangenheit hat wenigstens das Gute gehabt, daß wir in der Zeit der Selbstzerfleischung und der Verelutung unserer Führer und Vertrauensmänner vor dem Schlimmsten bewahrt blieben. Aber so wie es geschehen ist, hätten wir nie und nimmer die Hoerstraße der Solidarität und der Kollegialität verlassen dürfen, um im uferlosen Herunterreichen alles dessen, was wir selbst geschaffen an organisatorischem Zusammenhang in all den Jahren treuer und, es sei auch hier gesagt, opferreicher Arbeit unsere geistige Verwirrung auszuatoben.

Man besetze sich doch einmal die wortgewaltigen Gintagsfliegen in Partei und Gewerkschaft der letzten Jahre! Nur wer stiftliche Verantwortung trägt, wer selbst mitgeschaffen, mitgelitten hat und mit der deutschen Arbeiterbewegung groß geworden, hat sich die Eigenschaften erworben, die ihn zur Kritik berechtigen. Was wir erleben und erlebt haben, ist eine maßlose Anzucht ohne Sinn. Hoffen wir auf ein baldiges Ende dieses Zustandes. Wenn von unerantwortlicher Seite in einer jede Verständigung ausschließenden Art das Vertrauen zu unseren Ideen und zu unseren selbstgewählten Leitungen untergoben und zerstört wird, wie es geschehen ist, kann von einer geistlichen Entwicklung unserer Bestrebungen keine Rede mehr sein. Es ist ohne weiteres klar, daß dann die Basis geschaffen ist für die einangig gekennzeichneten Erscheinungen. Und wir Kollegen, wir bezahen die Zeche, bis uns die Augen überlaufen.

Es kann nicht verlangt werden, daß jeder, der in unserem Verbandleben steht oder gestanden hat, sich einrangieren läßt in ein politisch oder gewerkschaftlich utopisches System. Wer seine politische oder gewerkschaftliche Ueberzeugung, die er sich in langer Arbeit für die Interessen der Arbeiter erworben, hochhält, ist doch mindestens soviel Ehrenmann wie der, der dann erst zu den Arbeitern kam, als es mühselos und ohne Gefahr geschehen konnte.

Die dadurch geschaffene Lage, die sich in mangelndem Vertrauen zu sich selbst und unseren Kollegen

tionen, die der Zorn und die Wut über nicht gehaltenen Versprechungen dem Betrogenen eingeben und merken nicht, wie wir langsam, ganz langsam — aber jücher — wieder getnebelt werden. . .

Darum komm, mein Junge! hinaus in die freie Natur! Dort wollen wir den 1. Mai feiern. Und wir wandern. Vorbei an blühenden Gärten und üppig grünen den Feldern. Hier herrscht reges Leben. Viele benutzen den Maimentag, um ihr Stücken Feld zu bestellen. Überall werden in die braunen Furchen Kartoffeln gelegt mit dem heißen Wunsch, daß sie reiches Ertragnis bringen möchten; auf daß nicht jeder der Willkür blutjaugerischer Großagrarien ausgeliefert sei. —

Die Obstbäume an der Landstraße haben noch ihr Festtagskleid an. Mit ihrem reinen, weißen Blüten-schmuck in all seiner Zartheit, geben sie der Natur das feierliche Gepräge, ohne welches es keinen Frühling gibt. Der Fint begleitet uns mit schwebendem Flug von Baum zu Baum. Die Verke steigt jublierend in die reine Luft und über allem lacht ein warmer Sonnenschein. Die Brust weitet sich, das Auge schweift trunken über all das Schöne und neue Hoffnung zieht ein in das equätre Herz. Alles ist ja hoffnungsfreudig! Die Natur an sich, die Menschen, die dem Boden das anbertrauen, was sie für schäneres Geld an Samen und Pflangen beschaffen, damit er es zu höchster Entfaltung bringe und nicht der blasse Hunger einziehe in die Proletariatswohnung, wenn die Natur ihr Sterbchend angelegt hat. Heimalische Erde! Wieviel innige Wünsche werden heute in dich gelegt! Erfülle sie

äußert, ist nicht der Boden, auf dem die Verständigung zustande kommt, die unsere Mitbestimmung auswirken läßt in der gewerkschaftlichen Selbsthilfe. Darum, Kollegen, ist es an der Zeit, uns erneut mit den wissenschaftlichen Grundbegriffen der Arbeiterbewegung vertraut zu machen. Wir müssen durch Beobachtung der Tatsachen erkennen lernen, wie die Kulturbewegung der Arbeiter notwendig wurde, wie ihr geschichtliches Werden im Zusammenhang steht mit dem gemäßigten Stand der Arbeiterbewegung.

Schaffen wir uns durch diese Dankbarkeit eine gesunde Auffassung der Volkswirtschaft, dann erkennen wir mit leichter Mühe, was wir für die Zukunft zu tun und, was genau so wichtig ist, zu unterlassen haben. Verheßen wir so wieder der Vermunft zu ihrem uneräußerlichen Recht, und tritt jeder durch seine wenn auch noch so bescheidene Mitarbeit für unsere Verbandsinteressen ein, dann ist es gar nicht anders möglich, als daß es unter der neuen Verbandsflagge vorwärts geht, und zwar vorwärts mit Wollampf in eine bessere Zukunft.

P. S. in C.

Aufruf an Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Arbeitsgemeinschaft freier Angestellterverbände (Afa) und der Verband der deutschen Gewerksvereine haben einen Aufruf erlassen, in dem zur Unterstützung der Opfer des Kapp-Lüttich-Putsches aufgefordert wird. Eine große Anzahl von Familien sind des Ernährens beraubt worden, Tausende von Arbeitern wurden schwer verwundet und liegen erwerbslos da-nieder. Kriegensoß ist die Not dieser Opfer. Im Industriegebiet hat die Arbeiterchaft sich bereit erklärt, einen Tageserbstant an die Kammehelle abzuführen, es wird erbst, diesem Beispiel zu folgen. Alle gesammelten Gelder sind an August Quist, Berlin S.O. 16, Engelauer 15 IV, Köstliched-tonto Berlin NW. 7, Nr. 81 381, abzuführen.

Erfahrungen im Schlichtungs-ausschuß.

Nach Anzeichen von Besserungen zeigt sich, daß durch die fortschreitende Entwertung des Geldes die sozialen Kämpfe immer neue Nahrung erhalten. Tarifliche Vereinbarungen, die nach langwierigen Verhandlungen zustande kommen, werden durch die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse schnell überholt, und von neuem muß man sich an den Verhandlungstisch setzen.

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, vor dem im Jahre 1919 über 21 000 Beschwerden zur Verhandlung standen, ist bemüht, diesen Anforderungen in jeder Weise gerecht zu werden.

Bei der Bedeutung, die alle diese Fragen für die Allgemeinheit haben, ist es angebracht, auf das seit Juli 1919 erscheinende Mitteilungsblatt des Groß-Berliner Schlichtungsausschusses hinzuweisen, das an Interessenten zum Selbstkostenpreis abgegeben wird. Bestellungen nehmen alle Postanstalten sowie die Presseabteilung des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin, Berlin N. 4, Cstegelstr. 2, entgegen.

alle und banne damit die Not! Wie siehst du schreiend aus. Ein jungfräulicher Hauch liegt auf deinem Antlitz, das der Frühling geküßt hat. Geiß steigt es in mir auf. Ich sehe mich in der weiten, russischen Ebene, die ja auch ganz gewiß Schönheiten hat, aber nur einmal nicht die Heimat ist. Wir sitzen beisammen und singen: „Nach der Heimat möcht' ich wieder!“ Mit einer Inbrunst, die vielleicht manchem ganz unerklärlich war, weil vorher nie gefannt. Ob denn von den Kriegsteilnehmern heute noch daran gedacht wird, wie sie die Sehnsucht nach der Heimat, nach Weis und Kind aufrecht-erhielt in all dem Furchtbaren.

Meine Häuser säumen die Straße rechts und links. Sie sind von einer Siedlungsgefellchaft er-richtet. Das Streben nach einem eigenen Heim veranlaßt viele weit hinauszuziehen vor die Tore der Stadt. Sie wännen ihr Leben unabhängiger, vielleicht sorgenloser zu gestalten. Ob es wahr ist? Wir müssen frohnen für uns, für den Kapitalis-mus, für den Staat und für unsere Feinde, die uns in maßlosem Maß entsetzliche Bedingungen diktiert. Der Konkurrenzkampf des Großkapitals, unterstützt von einer verbrecherisch, verrätrischen Mil-litärkaste, die eine unfähige Diplomatie ganz einfach beiseite schob, hat uns in den schrecklichsten aller Kriege getrieben. In einen Krieg, der alles erfer-ber ließ in dem Menschen, was noch irgendwie mit Verantwortung zusammenhängt. —

Proletarier aller Länder, deren Vereimigung die Feier des Maimentages forderh, fanden sich jahre-lang mit den infamsten Nordwertzeugen gegen-

Lederpreise.

Auf der Nürnberger Lederbörse am 16. April waren circa 200 Firmen vertreten.

Es wurden folgende Preise erzielt: Radelleder 140-150 Mk. ...

Blank- und Geschirrlleder, über 3 Millimeter stark, 160-170 Mk. ...

Für das Kilogramm Rindbohle wurden 37 bis 42 Mk. ...

Die Hohlpreise sind erheblich zurückgegangen. In Viesefeld (Auktion) wurden Ruch- und Ochsenhäute ohne Kopf mit 19,30 Mk. ...

In Berlin kosteten am 24. April Rindhäute, roh, pro Pfund 10-12 Mk.; Kalbfelle, roh, gefalzen 30 bis 36 Mk. ...

Auf der Hamburger Auktion vom 27. April waren die Häutepreise um 65 Prozent niedriger als am 31. März d. J. ...

Der Vorstand der Reichslederstelle in Berlin, Dr. Wlase, gibt in der 'Bayerischen Staatszeitung' vom 8. April folgende Darstellung über die Entwicklung der Preise seit Freigabe des Leders:

Es sind seit dem 15. August 1919 (letzter Höchstpreis) gestiegen: Großvieh-Rindhäute für 1 Pfund von 1,60 Mk. auf 38 Mk., Rindhäute (Größe I) für ein Stück von 40,50 Mk. auf 1085 Mk., Kalbfelle für 1 Pfund von 2,50 Mk. auf 75,75 Mk., Schaffelle (gefalzen, vollwollig) für 1 Pfund von 1,90 Mk. auf 38,25 Mk., Ziegenfelle (trocken) für ein Stück von 17 auf 433 Mk. ...

Bei derartig hohen Lederpreisen ist es wahrlich kein Wunder, wenn heute für die Belohnung eines Paars Herrenstiefel ein Preis angelegt werden muß, für den man in Friedenszeiten fünf Paar neue Stiefel kaufte. Die Klagen aus allen Kreisen der Bevölkerung über das teure Schuhwerk werden daher immer lauter, und immer entschiedener erklingt der Ruf nach Abhilfe. ...

über; zerstückelten ihre Leiber für den Moloch, der sie jetzt grimmig an Draht zieht wie Marionetten. Was ist denn überhaupt von der Revolution geblieben, die uns soviel versprach?

Wie schlugen unsere Herzen, als wir vernahmen: Der Kaiser nach Holland desertiert, alle Fürsten abgesetzt, die ganze Gewalt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte! ...

Wie geistert alle Begriffe von Moral und Sittlichkeit aus der Welt entflohen. Warum gibt man dem Volke nicht seine Rechte? ...

Die Hoffnung weiter Kreise unserer Massen-Genossen war vor dem Krieg und bei seinem Ausbruch auf die Internationalität unserer Organisationen gerichtet. Sie versagte. Nach dem Kriege,

pital für das Geschäftsjahr 1919 eine Dividende von 40 v. H. ausgeschüttet. Und in einer Häuteversteigerung, in der das Angebot 'zu niedrig' war, erklärte der Versteigernde, wenn nicht seine Preise erzielt werden, müsse er eben die Versteigerung schließen, ohne etwas zu verkaufen! ...

Wie man dem Arbeiter die Schuhe verleuert, berichtete kürzlich sogar der 'Berliner Lokal-Anzeiger' sehr anschaulich. Der Geschäftsführer der Reichsversorgungsstelle, Rechtsanwalt Amand, erhielt von seinem Freund Fröhlich, dem er die Verteilung größerer Posten von Militärtschuben an Kommunalverbände übertrug, 108 000 Mk. Provision. ...

Wundert man sich da noch, wenn der Haß gegen solches Lumpenpad bis zur Siedehitze steigt und in Handlungen sich Luft macht, die man zwar nicht billigen, aber doch recht gut verstehen kann.

Inzwischen ist ein weiterer Preissturz auf dem FaL und Häutemarkt zu verzeichnen. Das Publikum wartet auf noch weiteres Sinken und hält mit der Kauflust zurück.

Eine allgemeine Klage.

In jeder Nummer des Verbandsorgans steht am Kopf die Aufforderung an die Kollegen gerichtet, vor Annahme von Arbeit nach anderen Orten auf Inserate hin sich zuvor an maßgebender Stelle - das ist die Ortsverwaltung und, wo keine solche besteht, die Hauptverwaltung - über die Verhältnisse bei der betreffenden Firma zu erkundigen, bei der man Arbeit annehmen soll oder will!

Die verschiedenen Zuschriften aus den Orten beweisen indes, daß diese Aufforderung nicht gehörig beachtet wird. Wahrscheinlich gehen viele Kollegen von der Voraussetzung aus, daß alle Stellenangebote, die in unserer Verbandszeitung stehen, auch ohne weiteres einwandfrei sind. ...

da alle Fäden mit den Genossen der anderen Länder erst wieder geknüpft werden müssen, die Revolution aber bei uns die Bahn freimachte für den praktischen Sozialismus, ist auch hier wieder im großen ganzen ein Verlagen zu konstatieren. Es ist ein Vor und Zurück, ein Laufen und Suchen - niemand weiß den Weg. ...

Bitter noch tun solche Gedanken. Aber sie müssen, häumen sich auf, ringen nach Ausdruck; es stürmt auf mich ein und ich muß mich niederlegen ins knagelnde Gras. Aber es läßt mich nicht gleich Ruhe. Weiter hämmert es im Gehirn: die Nationalverjämmerung hat den 1. Mai abgelehnt. ...

würde aber die Sache für unsere Kollegen nicht besser, sondern nur schlimmer werden. Die Unternehmerrgane würden doch die Inserate bringen und die Kollegen wären gezwungen, sich dort zu informieren.

Jedenfalls gibt es eine Anzahl Firmen, die ständig auf der Arbeiterfuche sind, weil ihre Arbeitsstätte viel Bequemlichkeit mit einem Taubenhaupe hat, wo es immer aus und eingeht. Unter allen möglichen vielversprechenden Anerbietungen werden tüchtige, selbständige Arbeiter gesucht. ...

Die Redaktion ist leider nicht in der Lage, die Inserate aus diesen und anderen Gründen abzu-nehmen, wäre aber den Kollegen für jede wahrheitsgemäße Mitteilung über etwa vorkommende Differenzen dankbar.

Durch die Schwierigkeit, an anderen Orten eine Wohnung zu erhalten, wird ohnehin die Meißelust und Freizügigkeit arg gedämpft. So daß die Gefahr, daß sich Arbeitswillige bereit finden, den Kollegen in den Rücken zu fallen, auch dadurch gemildert wird. ...

Weiter mögen die Kollegen und Ortsverwaltungen bedenken, daß in heutiger Zeit, wo sich die Lohnbewegungen in so kurzen Zwischenräumen folgen, der Raum der Zeitung nicht ausreichen würde, um für jeden Ort den Bezug noch ganz besonders zu sperren, wo es gewünscht wird. ...

Eine alte Klage wird auch immer wieder erhoben, die von der Interesslosigkeit vieler Kollegen. Da wird viel geredet von Idealismus und Mitarbeit für den Verband und die Ziele der Arbeiterbewegung. ...

Capezierer-Meistertag für Sachsen.

Am 7. und 8. April tagten in Leipzig die sächsischen Capezierermeister. Den Deutschen Capeziererbund vertraten Paul Spindler und Joh. Goetz, Berlin.

Geklagt wurde über geringe Mitarbeit der Mitglieder. In den meisten Innungen reichen die Beiträge nicht mehr aus, sie müssen erhöht werden. ...

Herr Spindler-Berlin klagte, daß sich der Deutsche Capeziererbund beim Reichsfinanzministerium zu Verhandlungen angeboten hätte, aber keine Nachricht erhalten habe. Dafür sei aber der Ver-

Politik schon darauf ein. Also müssen auch wir Anschlag suchen beieinander.

Als Kapp und Lüttwich ihre Zeit gekommen glaubten, klammerte sich die Regierung an den starken Arm des Proletariats und suchte Rettung bei demen, die sie verraten hatte. Der gutmütige Riese hat ihr geholfen und dem ganzen Lande, und zum Danke dafür streicht ihm die Nationalverjämmerung die Verrechnung zum Leben während der Streiktage: sie werden nicht bezahlt von Geheltes wegen. ...

Tiefes Weh durchzittert mein Gemüt - und über mir singt die Verhe ihr ewig junges, frohlockendes Frühlingslied.

Mit festen Schritten, die Jugend an der Hand, wandere ich dem Walde zu. Wir werden siegen: trotz alledem!

Mag Dambach.

Ein Möbelhändler Fleischmann als Sachvertreter ernannt worden.

Die Vermählung mit dem Sattlerverband, das neu geschaffene Reichsamt für Lohnverträge und ein etwaiger Reichslohnvertrag wären alles Sachen, mit denen in kommender Zeit nicht gerechnet werden kann.

Es müsse aber was geschehen. Die meisten Lohnverträge liefen ab, und auch die Arbeitnehmer wünschten einen Landeslohnvertrag.

Auch die Tischler und Maler hätten sich für den Landeslohnvertrag erklärt und vom Reichstarif abgewandt, bei dem der Kreis zu groß und unübersichtlich würde.

In Lehrlingsfragen stellen sich die Herren auf dem Standpunkt, daß hier die bestehende Gewerbeordnung gilt. Das heißt soviel, wir halten an unserer alten rückfälligen Anschauungen in dieser Frage fest und wollen der modernen Zeit in keiner Weise Rechnung tragen. Wichtig für uns ist die Stellungnahme der Tapezierermeister zu einem Landeslohnvertrag unter Berufung auf die Maler und Tischler, die sich vom Reichstarif abgewandt hätten, weil dieser zu unübersichtlich würde. Unser Beruf hat es bisher nur in wenigen Bezirken zu einem Bezirkstarif bringen können, weil selbst zu einem solchen die Voraussetzungen fehlten. Wir könnten überhaupt nur über Bezirkstarife zu Landes- und schließlich zu Reichstarifen gelangen. Bei den anderen Berufen lagen die Verhältnisse eben ganz anders als bei uns Tapezieren.

Im Holzgewerbe sind die Unternehmer allerdings drauf und dran, die Lohnregelung bezirksweise angustreben. Am 9. April wurde in Weimar ein Verein Thüringer Holzindustrieller gegründet, der sich in 14 Bezirke gliedert. Die „Holzarbeiterzeitung“ kann in der Verlegung der Lohnabkommen in solche Bezirke, die völlig unabhängig von einer zentralen Kontrollinstanz arbeiten, eine gute Lösung nicht erblicken, weil die Lohnfestsetzung nicht in einzelnen Bezirken erfolgen kann ohne Rücksicht zu nehmen auf die Verhältnisse in anderen Landesteilen. Sie hält die zentrale Regelung der Lohnfrage für die beste, weil dadurch eine beiderseitige Verständigung am raschesten möglich erscheint. Erklärt aber, daß ihr jedes Mittel recht ist, das schnell zum Ziele führt, um zu einer Steuerungsanlage zu gelangen.

Ein internationaler Wirtschaftskongress.

In Frankfurt a. M. tagte am 1. und 2. Mai ein Kongress, auf dem Deutschland, Holland, die Schweiz, Oesterreich, Bulgarien und die Ukraine resp. Rußland vertreten waren. Der internationale Rahmen erscheint uns daher etwas eng. Immerhin werden diese Verhandlungen viel dazu beitragen können, daß die Welt handelsbeziehungen wieder aufgenommen werden, denn wir leben nun einmal im Zeitalter der Weltwirtschaft. Der Oberbürgermeister Voigt-Frankfurt begrüßte den Kongress als ersten Schritt zum weltumfassenden Frieden. Unterstaatssekretär Hirsch erwartet von den Arbeitsgemeinschaften, daß ihre Tätigkeit sich nicht nur in der Regelung der Arbeitsverhältnisse erschöpft, sondern die Frage des Produktions-Maximums zu lösen sucht. Er hofft, der Reichswirtschaftsrat wird einst ein Weltparlament aller Kulturstaaten schaffen helfen. Dr. Aug. Müller ist der Ansicht, der landläufige Pessimismus bezügl. der Rohstoffversorgung an Vorrat und Bedarf sei nicht gerechtfertigt. Eine internationale Anleihe, Völkerverständigung muß dahin wirken, allen Gliedern der Kulturmenschen die Früchte gemeinsamer Arbeit zuzuführen. Redakteur Feiler: Die Valutatrage ist die Lösung des Wirtschaftsproblems. Europa leidet Not, es verbraucht mehr als es herstellt. Papiergeld ersetzt den realen Wert, täuscht trügerischen Reichtum vor und reizt zur Verschwendung. Breite Volksschichten versterben im Elend. Die Besitzer der alten Produktionsmittel haben das Monopol in Händen. Rettung kann nur Arbeitssamkeit und Steuerfreudigkeit bringen. Einschränkung der Erzeugung von Luxuswaren.

Brodsch-Niew. Der russische Bauer wolle von Sozialisierung nichts wissen. Für deutsche Handelsbeziehungen sei noch Zeit genug zum Anknüpfen, es wird der Vermittler mit dem Westen sein. Zwei bis drei gute Ernten können Rußland wieder gesund machen. Nieder-Wien. Wien kann nur dann als Kulturstadt bestehen, wenn es an Deutschland angeschlossen wird.

Sue-Deutschland sprach über die wichtige Kohlenfrage, eine Verringerung sei nur zu erwarten durch Erhöhung der Förderung. Deutschlands Eigenenergie sei derzeit unterbunden, daß nicht einmal das benötigte Eisenblech erzeugt werden könne, was zur Betriebsführung nötig ist.

Regien-Werlin sprach über die Notwendigkeit der internationalen Regelung des Arbeitsvertrags.

Man muß nun hoffen, daß dieser erste Schritt, der die Handelsbeziehungen wieder in Fluß bringen soll, zu weiteren Erfolgen führt. Vor allem müsse der sogenannte Friedensvertrag revidiert werden.

Eine harmonische Tagung der Holzarbeiter.

Der Holzarbeiterverband hielt vom 25. bis 27. April in Berlin einen außerordentlichen Verbandstag ab, der fast dieselbe Zusammensetzung hatte wie der Verbandstag im Juni 1919, wo es recht stürmisch berging. Der außerordentliche Verbandstag vermied politischen Streit und erörterte wichtige Lebensfragen der Organisation, die Debatten waren daher ruhig und sachlich. Der Verbandstag setzte den Beitrag in der höchsten Klasse auf 5 Mk. fest. Die „Holzarbeiterzeitung“ bezeichnet es als Mißstand, daß die anderen Verbände in der Frage der doch unvermeidlichen Beitragserhöhung nur so zaghaft folgten. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes soll im Auftrage des Verbandstages beim Vorstand des Gewerkschaftsbundes Schritte unternehmen, um in dieser Richtung anregend zu wirken.

In der Gehaltsfrage wurde der Grundsatz aufgestellt, daß das Mindestgehalt der Angestellten so hoch sein soll wie der Akkordverdienst der beruflich tätigen Kollegen. Die Angestellten mit größerer Verantwortung sollen 10 bzw. 20 Proz. höher entlohnt werden. Die Gehälter werden automatisch der Konjunktur folgen, wie sie sich in der Veränderung der Vertragslöhne ausprägen.

Diese Regelung sollte den Kritikern der Verbandstagsbeschlüsse von Halle in unserem Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverband zu denken geben und sie anspornen, Vergleiche zu ziehen. Sie würden dann finden, daß der Verbandstag in Halle sich durchaus in normalen, wenn nicht bescheidenen Grenzen bewegt hat mit seinen diesbezüglichen Beschlüssen.

Warenwert und Warenpreis.

Schon die oberflächliche Beobachtung des Wirtschaftslebens belehrt über die sehr unnötige Verteuerung der Waren durch überflüssiges Handeln mit der Ware. Handel ist notwendig, aber er wird „doch nur zu leicht von privatwirtschaftlichen Regungen“ überwuchert. In der Routine der praktischen Geschäftswelt ist keineswegs alles aufs beste bestellt. Wo ein Kleinhandlender genügen würde, lassen sich ihrer zehn nieder; der Grundsatz, daß die freie Konkurrenz eine tunlichste Verbilligung der Preise bewirke, bewährt sich oft nicht. Die zahlreichen Personen, die sich in der vom Produzenten zum Konsumenten führenden Reihe einstellen, wollen alle verdienen. Durch je mehr Hände jedoch die Ware geht, ehe sie zum Verbraucher gelangt, um so teurer wird sie.“ Diese Wahrheit finden wir in einem Aufsatze von Stieda in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik. „Es tritt durch diese maßlose Zersplitterung des Kleinhandels und durch seine starke Ueberzähligkeit eine viel zu hohe Spannung zwischen dem Preise des Erzeugers und demjenigen, den der Verbraucher zahlen muß, ein. Man berechnet ganz allgemein die hieraus entstehende Verteuerung auf 50 Proz., d. h. eine Ware, die der Erzeuger mit 10 Mk. abliefern, muß der Verbraucher mit 15 Mk. bezahlen. Es gibt aber auch Gegenstände, die auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher um einige hundert Prozent verteuert werden. Seltener ist der Fall, daß sie nur um 10 oder 20 Proz. verteuert werden.“

So urteilt die Wissenschaft über die Wirkung eines maßlos schlecht aufgebauten Warenverteilungsapparats. Diese Angelegenheit geht die Verbraucher an. Gedankenloses Stillhalten ist heute weniger als je angebracht. Daß der Apparat anders und besser sein kann, beweist die Arbeit der Konsumgenossenschaften. In ihnen ist der Platz jedes Verbrauchers.

Die neue Einkommensteuererhebung.

Am 1. April dieses Jahres ist das neue Einkommensteuergesetz in Kraft getreten. Danach hat jeder Arbeitgeber 10 Proz. vom Arbeitslohn des Arbeiters einzubehalten und dafür Steuermarken in die dafür bestimmte Steuerkarte einzufüllen. Jeder Arbeiter muß sich von der Behörde seines Wohnortes eine Steuerkarte ausstellen lassen, die dem Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung vorgelegt werden muß.

Vorkünftig bleibt aber noch alles beim alten, denn die nötigen Vorkarbeiten können nicht erledigt werden; die Steuerbehörden werden nicht fertig. Der Finanzminister wird den Termin bekanntmachen, wann der erste Lohnabzug zu erfolgen hat.

Im allgemeinen sei daran erinnert, daß die ersten 1500 Mk. des Einkommens einer jeden Person

steuerfrei bleiben, alle weiteren Einkommen müssen dagegen versteuert werden. Und zwar die ersten 1000 Mk. mit 10 Proz., die zweiten mit 11 Proz. und so fort, je 1000 Mk. 1 Proz. mehr bis zu 24 Proz. Kinderreiche Familien werden bevorzugt. Folgende Tabelle diene zur Information über die neue Steuerpflicht.

Es sind zu zahlen bei einem Einkommen von

Table with 7 columns: Markt, Für un-bera-ehete Steuer-pflichtige, Für verheiratete Steuerpflichtige (ohne Kind, mit einem Kind, mit zwei Kindern, mit drei Kindern, mit vier Kindern). Rows show income brackets from 1100 to 100000.

Die Veranlagung zur Einkommensteuer soll nach wie vor nach dem Jahreseinkommen erfolgen, das der Steuerpflichtige im vergangenen Jahre hatte (für 1920 also das Jahr 1919).

Für 1920 erfolgt aber die Veranlagung nicht am Anfang, sondern erst am Ende des Jahres, und zwar nach den Einnahmen, die 1920 in Betracht kamen. Bis dahin wird aber der Betrag erhoben, der für 1919 veranlagt war. Die fehlenden Beträge, die für 1920 in Betracht kommen, werden aber nachgefordert. Es hat also jeder Kollege die Pflicht, im eigenen Interesse sich selbst zu berechnen, welchen Steuerbetrag er zu zahlen hat. Unterläßt er diese Vorkehrung, kann er später recht unangenehme Erfahrungen machen, wenn er größere Beträge nachzahlen soll. Die Steuerzahlungen, die wir jetzt leisten, gelten nämlich nur als Abschlags- resp. Vorzahlungen.

Was nun die Steuerhinterziehungen betrifft, unter denen das alte System bekanntlich viel litt, so wird versucht, diesen einen Niegel vorzuziehen. Ob es gelingt, ist eine andere Frage. Die selbständigen Geschäftsleute haben es fein verstanden, den Steuerbehörden ein Schnippchen zu schlagen, während der Arbeiter natürlich jeden Pfennig seines Einkommens versteuern mußte, denn der Arbeitgeber lieferte ja die Belege an die Steuerbureaus.

Auch das neue Steuergesetz verlangt, daß jeder, der Personen gegen Lohn oder Gehalt länger als zwei Monate beschäftigt, verpflichtet ist, dem Finanzamt spezielle Angaben zu machen über Namen, Stellung, Wohnung und Einkommen des Beschäftigten. Für die nötige Kontrolle des Einkommens der Arbeiter und Angestellten ist also Vorkehrung getroffen. Wir fürchten nur, daß die Einkommen der smarten Geschäftsleute aller Branchen nicht so scharf erfaßt werden und daß sich diese Herrschaften wieder möglichst vom Steuerzahlen drücken werden. Welche Garantie bietet denn die Verpflichtung zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung, daß diese auch wirklich den Tatsachen entsprechend abgegeben wird? Und die Eintragungen in die Geschäftsbücher, ach, die sind meist von vornherein darauf zugeschnitten, das richtige Einkommen zu verschleiern und geringer hinzustellen, als es in Wirklichkeit ist. Der wirtschaftlich Stärkste hat also nach dem neuen Steuergesetz die beste Aussicht, sich drücken zu können.

Diese Ungerechtigkeit kann eben nur ein sozialistisches Wirtschaftssystem aus der Welt schaffen.

Haus Offenbach.

Auf der Frankfurter Messe hat man speziell für die Offenbacher Lederindustrie im Haus Offenbach geeignete Ausstellungsräumlichkeiten geschaffen. Die Mittel für den Bau hat die Stadt Frankfurt a. M. hergegeben, er umfaßt rund 7000 Quadratmeter Ausstellungsraum und wurde in 4 1/2 Monaten fertiggestellt. Die Offenbacher Lederwarenfabrikanten haben beschlossen, ein entsprechendes Schild für das Haus zu stiften.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen am 1. April 1920.

Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, hat die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich, wie sie sich aus den Berichten der Demobilisierungskommission ergibt, auch am 1. April 1920 einen weiteren Rückgang erfahren. Es wurden am 1. April 1920 259 675 männliche und 71 441 weibliche Erwerbslose unterstützt, im ganzen also 331 116 Erwerbslose. Mit ihnen wurden zugleich 313 196 Angehörige durch sogenannte Familienzuschläge zu der Erwerbslosenunterstützung unterhalten. Am 15. Januar 1920 betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen 844 773, der weiblichen Erwerbslosen 108 887, die Gesamtzahl also 447 660. Die Zahl der unterstützten Familienangehörigen betrug am 15. Januar 1920 379 071. Auch in den großen Zentren der Erwerbslosigkeit sind die Zahlen einem fortgesetzten Rückgang unterworfen. So hatte beispielsweise Hamburg am 15. Januar 1920 39 325 Erwerbslose, dagegen am 1. April 1920 30 125, der Freistaat Sachsen hatte am 15. Januar 1920 zusammen 117 033 Erwerbslose, am 1. April 1920 dagegen 76 298, Groß-Berlin am 15. Januar 1920 zusammen 98 190, am 15. März 1920 dagegen 80 443 Erwerbslose. Verhältnismäßig gering ist der Rückgang in Bayern, wo am 15. Januar 1920 42 845 und am 1. April 1920 38 045 Erwerbslose gezählt wurden.

In den vorstehenden Zahlen sind die Kurzarbeiter, die aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge unterstützt werden, nicht enthalten. Sie spielen besonders in den süddeutschen Staaten eine sehr erhebliche Rolle.

Materialpreise der Tapezierer im April.

Stahlsprungfedern, 7 und 8 gg per Zentner	435,— Mf.
Draht zu Federn	895,— "
Spannzwecken 5/8	12,75 "
" 1/2 Zoll	13,50 "
" 3/8	13,95 "
" 1/4	11,75 "
Gurtstücke 22/25	10,75 "
Gurten, 65 mm	per m 2,65 "
Mischware	2,10 "
Zuteilfisch	per Zentner 285,— "
Nederleine Zute, 100—135 breit	16,50 "
Reißfellersatz 120 breit	1,25 "
1a Qualität 110	2,45 "
Wollstierwolle, Matratzenfüllung	
1. Qualität	per 100 kg 390,— "
2.	100 " 308,— "
3.	100 " 210,— "
Auflagematratzen kosten Seegrassfüllung mit Wollauflage	160,— Mf. bis 200,— "
Politeppisch kostet	per m 180,— " 250,— "
Goblintoff	150,— " 800,— "
Ledertuch	50,— " 90,— "
Crin de Africk	per Zentner 500,— "
Alpengras	250,— "
Zuteiverg	220,— "
Strohhaare	per Pfund 15,— bis 40,— "

Die Provokateure.

Durch die Presse ging ein Brief, dem ein Herr v. Th. an einen Geheimrat schrieb. Es wird darin die Art und Weise geschildert, wie man die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen verhexen und zur Uneinigkeit verleiten muß. Gedungene Strolche sollen durch extreme Reden als Kommunisten und U. S. P. die ausgebliebenen Sünden der S. P. D. austragen. In diesem Material steckt flüssiges Vergin, mit dem man mit Leichtigkeit den größten Brand entfachen kann, um die Einigungsbestrebungen sofort zu erschüttern. Damit erreicht man die Wöfcht, anstatt Einigung einen bösenden und brodelnden Orkan zu erzeugen. Daran knüpft der Mann dann das Ersuchen, dieses Unternehmen entsprechend zu finanzieren, um für die verschiedenen Parteieridungen geeignete Redner bzw. Provokateure zu gewinnen und zu schulen.

Wer aus diesen Enthüllungen noch nicht ersticht, daß es höchste Zeit ist, damit die Arbeiter wieder einig zusammenstehen, dem ist nicht zu raten und zu helfen. Jetzt lachen sich die alten Reaktionen ins Häufchen und freuen sich über den Bruderkampf, den die Arbeiter gegeneinander führen. Es ist zum Schreien, derweil zieht man uns das Fell über die Ohren.

Neue Erhöhung der Postgebühren.

Ab 6. Mai werden die deutschen Postgebühren wieder wesentlich erhöht, und zwar auf folgende Sätze: Postkarten 30 Pf., Briefe bis zu 20 Gramm 40 Pf., über 20—250 Gramm 60 Pf.

Druckfaden: bis 50 Gramm 10 Pf., 50—100 Gramm 20 Pf., 100—250 Gramm 40 Pf., 250—500 Gramm 60 Pf., 500—1000 Gramm 80 Pf.
Geschäftspapiere: bis 250 Gramm 40 Pf., 250 bis 500 Gramm 60 Pf., 500—1000 Gramm 80 Pf.

Allogr.		Rabazone		Fernzone	
		Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Pakete:	5	1,25	2,—		
	5—10	2,50	4,—		
	10—15	5,—	8,—		
	15—20	8,—	12,—		

Postanweisungen: bis 50 Mf. 0,50 Mf.
50—250 Mf. 1,— Mf.
250—500 Mf. 1,50 Mf.
500—1000 Mf. 2,— Mf.

Telegramme: 20 Pf. für jedes Wort, Mindestgebühr 2 Mf. Unterschiede zwischen Orts- und Fernverkehr werden nicht gemacht, auch nicht mehr im Briefporto.

Briefe (20 Gramm) nach dem Ausland . . . 80 Pf.
je 20 Gramm mehr weitere 60 Pf.
Postkarten 40 Pf.
Druckfaden je 50 Gramm 20 Pf.

Menschheitsglaube.

Wir leben in schweren Zeiten, am eigenen Leibe spüren wir es. Und schweren Zeiten gehen wir weiter entgegen, so sagt man uns. Viele möchten deshalb heute an aller Welt verzweifeln. Sie sehen keinen Ausweg aus dem Wirrwarr und der Not von heute, und darum glauben sie nicht mehr an die Zukunft.

Ist das natürliche Art? Natürlich ist es, auf entwicklungsgeschichtlichem Boden zu stehen. Die Entwicklung ist das eherner Gesetz alles Lebens, und darum wird, darum muß sich die Menschheit weiter entwickeln, wie sie sich bisher entwickelt hat. Schon manche unwägbare Zeiten hat die Erde erlebt, Perioden wie z. B. die Eiszeit, die ganz anders als das Heute Vernichtung schienen. Und doch bedeuteten sie Aufstiege. Nur unter Schmerzen wird Neues geboren, und was uns den Lebensinhalt geben soll in dieser gebärenden Zeit, das ist der Glaube, der Glaube an die Entwicklung, der Glaube an der Entwicklung höchstes Produkt, der Glaube an die Menschheit. Wer den Glauben an die Menschheit hat, dem ist trotz aller Nacht der Gegenwart doch rosig der Morgen.

Trotz aufwärts! das ist das natürliche Lebensprinzip. Der Mensch steigt. Jeder Sieg der Entwicklung aber war begründet im organisatorischen Werden. Durch das Wachsen des Gemeinschaftsgebanten wurde Besseres. Und so wird es trotz aller Zerrissenheit dennoch der Einheitsgedanke sein, der aus den Wehen des Heute geläuteter hervorgehen wird wie er war. Der gewaltige Aufstieg des Gemeinschaftsgebanten ist ein nur zu deutliches Zeichen, daß dennoch die Einheit siegen wird. Die Brüderlichkeit wird ihr Banner entfalten, die Liebe wird die Herzen zusammenschließen zu einem Schlage. Geboren wird eine neue Zeit. Bleibt treu der gewerkschaftlichen Einheit. Dann spüret ihr in dem gährenden Heute beglückt den Sonnenatem einer werdenden Bruderverwelt.

Dr. Gustav Hoffmann.

KleinStadt-Krauter.

In den Kleinstädten gibt es noch eine Menge Kleinlicher Meister, die sich gar nicht dazu bequemen wollen, ihren Gehilfen zu gewähren, was ihnen zukommt. Ein solcher ist auch Herr Paul Haase in Zückerbog, Großerstr. 22. Der Mann hat die Forderung auf Gewährung von Ferien anerkannt, weigerte sich aber, diese Zeit auch zu bezahlen. Auf energisches Bestehen des Gehilfen auf seinem Recht bequeme er sich schließlich zur Zahlung, kündigte aber zugleich dem Kollegen. Das ist Unternehmerrbegriff von Recht und Gerechtigkeit. Ein Hinweis seitens der Verbandsleitung, daß der Kollege doch nur sein Recht beansprucht habe, war erfolglos, die Kündigung wurde aufrechterhalten. Ueberlege es sich jeder Kollege, ob es Zweck hat, solche Sorte Meister zu unterstützen, die läßt man besser ihre Arbeit selbst machen.

Hus unserm Beruf.

Ein „Muster“-Arbeitgeber ist der Sattler Kummerad in Wismar. Der Geselle erhält pro Woche 50 Mf. bei freier Station. Der Geselle klagt aber dauernd auf Randarbeit, denn der Meister hat viele Bauern und 22 Güter zur Kundschaft. Der Meister spart dadurch jede Ausgabe für Kost und Logis und steckt das Geld dafür in seine Tasche. Eine Entschädigung von 2,50 Mf. pro Tag lehnte er ab. Von da an taugte meine Arbeit nichts mehr, und am Som-

abend erhielt ich die Kündigung mit der Begründung, joviell Geld könne er nicht ausgeben.

Es ist ihm bereits geläufig, einen Kollegen zu fischen. Was er dem zahlt, ist noch nicht bekannt, denn er arbeitet über Land. Solch eigennützigter Mensch sollte überhaupt keine Arbeiter finden, die sich von ihm ausbeuten lassen.

Wir veröffentlichen diesen Bericht mit dem Bemerken, daß es wohl noch mehr solcher Arbeitgeber geben wird, die jeden Vorfall der eigenen Tasche zuführen. Hier hilft nur Aufklärung der Kollegen durch die Kollegen selbst. Jeder muß es lernen, sein Recht zu fordern, dann kann kein Unternehmer unbillig verfahren.

Korrespondenzen.

Augsburg. In der Versammlung der Tapezierer am 19. April mußten wir unseren Tarif den Arbeitgebern vorlegen. Den Schiedsspruch vom 11. März lehnten die Arbeitgeber ab. Da uns ein Urlaub zugesprochen wurde (die Löhne kamen weniger in Betracht), wurde der Schiedsspruch von den Kollegen anerkannt. Der Schiedsspruch sollte für allgemeinerbindlich erklärt werden, es kam aber infolge der politischen Lage nicht dazu. Im neuen Tarif werden folgende Löhne gefordert: Im 1. Jahr 2 Mf., im 2. Jahr 3,50 Mf., im 3. Jahr 4,20 Mf., für ältere Gehilfen 5 Mf., Lederarbeiter 6,50 Mf. pro Stunde. Die Arbeitgeber lehnen es ab, mit uns in Verhandlungen zu treten. Es wird beschlossen, den Schlichtungsausschuß nochmals anzurufen. Dann kam zur Sprache, daß in Augsburg viele Volontäre gesucht werden. Wir ersuchen daher alle Kollegen, bevor sie eine Stelle annehmen, sich bei der Ortsverwaltung zu erkundigen. **Pr aut.**

Bauzen. (7. 5.) Die erste gemeinsame Versammlung fand am 14. April statt. Am 29. April fand die Generalversammlung statt, in der die Neuwahlen vorgenommen wurden. Der Vorstand wurde paratätlich zusammengesetzt. 1. Vorsitzender (Sattler) Gruhl, zweiter (Tapezierer) Daub; Kassierer (Sattler) Sonnenburg, Schriftführer (Sattler) Nodel, Revisoren Hajsoef und Sohr, Kartelldelegierte Dürchen, Winkler und Straußfeld. Durch die Verschmelzung stieg die hiesige Zahlstelle auf zirka 160 Mitglieder. Beitragsklassen wurden folgende beschlossen: Wer über 3 Mf. die Stunde verdient, 1. Klasse; unter 3 Mf. 2. Klasse, beide 30 Pf. Lokalaufschlag; weibliche 3. Klasse, Jugendliche 5. Klasse, Lehrlinge 6. Klasse, und je 20 Pf. Lokalaufschlag. Im Lokalaufschlag sind 10 Pf. für das Kartell einbegriffen, da infolge Gründung des Gewerkschaftssekretariats pro Mitglied vierteljährlich 1 Mf. zu zahlen ist. Auf Verlangen mehrerer Mitglieder soll eine Resolution an die Hauptverwaltung gesandt werden, damit Bauzen auf Grund der hohen Lebensmittelpreise und der hohen Beiträge mindestens in die 2. Lohnklasse kommt. Die gut besuchte Versammlung wurde mit dem Wunsch auf ein gutes Zusammenarbeiten geschlossen. **Paul G omille.**

Beuthen. (8. 5.) Bezirksversammlung der Filialen Kleinw.-Königshütte und Beuthen zwecks Verschmelzung. Paier-Gleiwitz: Am Ort sind 45 Sattler organisiert. Die Filiale will selbständig bleiben. Opela-Baborze ist für Verschmelzung zu einer Oberschlesischen Filiale. Rubin-Kattowitz tritt für Selbständigkeit genügend starker Filialen ein, will aber eine einheitliche Bezirksleitung. Die Königshütter sind für den Anschluß an Beuthen, da es an geeigneten Führern fehlt. Es wird beschlossen, daß Gleiwitz als Filiale bestehen bleibt, ihr wird Hingenburg und die dazu gehörenden kleinen Orte angegliedert. Zu Beuthen gehört Kattowitz, Königshütte und die kleinen Orte, die hierzu gehören. Es soll eine Sitzung der Vorstände stattfinden, um eine Agitationskommission zu wählen, damit ein inniges Verhältnis zwischen den Berufen eintritt. Aus Königshütte wird berichtet, daß in den Sattlereien von Volzef und Zweig noch 10—12 Stunden täglich gearbeitet wird. Es herrscht noch Kost und Logis bei 20—30 Mf. Lohn, mit Vorliebe werden unorganisierte Leute eingestellt und weit unter Tarif bezahlt, Parteisekretär Lauchner zeigt in längeren Ausführungen Mittel und Wege, um diese Zustände zu bessern. In Anbetracht der schlechten Löhne für Gleiwitz die 3. Beitragsklasse einzuführen, aber nur so lange, bis diese Kollegen Tariflöhne erhalten. Polich gab den Kartellbericht und Lauchner forderte zur Benutzung der Partei- und Gewerkschaftsbibliotheken auf, ebenso zum Lesen der Parteizeitungen. Anwesend 86 Kollegen. **G bert.**

Braunschwieg. (5. 5.) Versammlung vom 27. April. Mit den in Halle gefassten Beschlüssen war die gemeinsame Versammlung der Sattler und Tapezierer nicht einverstanden. Vor allem forderten die Kollegen volle Bewegungsfreiheit betreffs Beitragsfrage und Lokalkasse. Erbitterung herrschte darüber, daß der Opposition in keiner Weise Rechnung getragen wurde. Unerklärlich ist es, daß fast der gesamte Vorstand der Tapezierer, dem doch ein Mißtrauensvotum ausgestellt wurde, wiedergewählt

ft. Die Meinung des Antrages, Ebert auszuschießen, wurde stark kritisiert. Der Beschluß des Verbandstages betreffs Gehälter und Ferien wurde ebenfalls bemängelt. Betreffs der Erhöhung der Beiträge war die Meinung geteilt. Es wurde gefordert, daß mit den verschiedenen Unterführungen, mit Ausnahme der Streifenunterführung, endlich aufgeräumt wird. Der Verband sei eine Kampfgewalt, aber keine Unterführungsorganisation. Die Ortsverwaltung wurde paritätisch zusammengesetzt. Mit dem Wunsch, daß Mitglieder und Ortsverwaltung einig zusammenarbeiten, schloß Kollege Vornann die Versammlung.

Friß Helbig.

Dresden. (7. 5.) Die erste gemeinsame außerordentliche Generalversammlung fand am 28. April im großen Volkshausaale statt und war stark besucht. Kollege Lippold erstattete den Bericht vom Verschmelzungsverbandstag, an welchem sich eine rege Diskussion angeschlossen. Zur Wahl der Ortsbeamten wurden die beiden bisherigen Angestellten Elsner und Lippold einstimmig wiedergewählt; Elsner soll als Bevollmächtigter, Lippold als Kassierer wirken. Die Versammlung stimmte hierauf einer Vorstandsliste zu, wonach für Dresden die 1., 2., 4., 5. und 6. Beitragsklasse anerkannt wird. Die Lokalbeiträge werden für alle Klassen einheitlich auf 50 Pf. festgesetzt. Die Beiträge in der Lehrlingsabteilung betragen 30 Pf. Nach ausführlichem Bericht des Kollegen Elsner über die letzten Verhandlungen des Tarifamts für die Reißartikelbranche wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die neue Organisation der Sattler, Tapezierer und Portefeuille geschlossen.

Arnold.

Gera. (28. 4.) Versammlung vom 13. April 1920. Kollege Höfer schilderte die Gründung sowie Entwicklung unserer Organisation. Es muß das Ziel kleinerer Verbände sein, um ihren Zweck als Kampforganisation zu wahren, sich zu möglichst großen Einheiten zusammenzuschließen. Wir stehen nun vor der vollendeten Tatsache der Verschmelzung. Durch den Verbandstag ist der endgültige Termin für den Zusammenfluß auf den 1. Mai festgelegt. Sämtliche Kollegen sind nun verpflichtet, ihr Können in den Dienst der gemeinsamen Sache zu stellen, um durch einmütiges Zusammenarbeiten unsere wirtschaftliche Lage zu verbessern. Kollege Höfer weist auf die Vorgänge seit den Tagen des Rapp-Rufsches hin, welche, geschützt und genährt durch eine verlotterte Situationswirtschaft in der Reichsregierung, von einer verbrecherischen Offizierskamarilla entzündet, den Zweck der Wiederaufrichtung der schwärzesten Reaktion habe, die sich eines jeden Mittels bedienen. Diese Elemente können sich ungekränkt unter Ausbeachtung aller Gesetze mit bestialischer Rohheit am Wurde des Proletariats sättigen. Nur der Kampfeswille der arbeitenden Massen kann Wandel schaffen, wenn er sich zum Ziel setzt, „nieder mit dem Kapitalismus“ und nicht eher ruht und rastet, bis er gebrochen zu unseren Füßen liegt.

Kollege fordert die Anwesenden auf, durch einmütiges Zusammenarbeiten dem Interesse der Allgemeinheit zu dienen. Er begrüßt die Stimmung bei den Tapezieren, welche bald die Lausitz bei einem Teil der Sattler verdrängen möge.

Nach langer Debatte wird der Beitrag für männliche Mitglieder auf 3 Mk. und 50 Pf., Lokalzuschlag festgelegt, für weibliche auf 1 Mk. und für Jugendliche unter 16 Jahren auf 50 Pf.

Die Wahl des Vorstandes ergab: Vorsitzende: Höfer und Thiele; Kassierer: Körner; Schriftführer: Sczylinski und Fiedler; Beisitzer: Frk. Hädrich und Lindig. Kartelldelegierte: Meindel, Gürtle. Revisoren: Wang, Schiffmann und Brodau. Gauskassierer: Stein. Tarifüberwachungskommission: Dienemann, Sczylinski und Lindig. Anwesend 42 Mitglieder.

Görlitz. Außerordentliche Versammlung vom 28. April. Den Bericht über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß gab Kollege Hapfel. Kollege Heise machte weitere Ausführungen über den Gang der Verhandlungen. Es wurden folgende Stundenlöhne erzielt: für Ausgelernte 2,85 Mk., für Gehilfen zwei Jahre nach der Lehre 3,30 Mk., für Gehilfen drei Jahre nach der Lehre 3,80 Mk. Die Zulagen von 30, 45 und 70 Pf. beziehen sich auf die bisher gezahlten Löhne. Die Ferienfrage fand folgende Regelung: nach 1 Jahre Beschäftigungsdauer 3 Tage Ferien, jedes weitere Jahr 1 Tag mehr, bis zu 6 Tagen. Die Ferien müssen in den Monaten Mai bis September gemacht werden. Militärjahre zählen mit. Der Tarif tritt am 26. April in Kraft. Kollege Hapfel weist darauf hin, daß wir trotz ungünstiger Verhältnisse nach schweren Verhandlungen einen zufriedenstellenden Erfolg zu verzeichnen haben. An den Kollegen liegt es, für Innehaltung des neuen Tarifes zu sorgen. Der Antrag des Kollegen Willi Raumann, jeden Kollegen, welcher billiger arbeitet, aus dem Verbands ausschließen, fand einstimmige Annahme. Der Vorsitzende weist auf die zu erwartenden kommenden Kämpfe hin und emp-

fiehlt den Kollegen, im Hinblick auf die höheren Unterführungen, eine höhere Beitragsklasse zu wählen. Die Versammlung war gut besetzt.

L. Scholz.

Inzwischen erhielten wir Nachricht, daß die Innungsversammlung dem Schiedsspruch nicht zustimmte. Weitere Schritte werden eingeleitet.

Hamburg. Seit Oktober 1919 stehen die hiesigen Wagenjattler in einem gemeinschaftlichen Tarifverhältnis mit den Schmieden, Stellmachern, Sattlern und Ledierern und dem „Bund der am Wagenbau beteiligten Firmen Groß-Hamburgs“. Dieser Vertrag war zum 1. April d. J. gekündigt, die Verhandlungen zu neuem Abschluß begannen am 11. März. Gefordert wurde: Arbeitszeit täglich 8 Stunden, Sonnabends 5 Stunden (Verkürzung auch vor den Feiertagen); Ferien nach drei Monaten mit drei Tagen beginnend, bis zur Höchstgrenze von 12 Tagen; Werkzeugentwädigung pro Stunde 10 Pf.; Lohn pro Stunde für Vollarbeiter 6 Mk.; für Spezialarbeiter, Schirmmeister, Kaschemacher, selbständige Wagenjattler oder Ledierer soll der Lohn etwas höher sein. Nachdem die Verhandlungen sich bis zum 18. April hinzogezogen hatten und nur ein Lohnangebot von 5,20 Mk. resp. 5,50 Mk. erzielt wurde, und über die übrigen Punkte überhaupt kein Material vorlag, beschloß die Stellmacher, sofort in den Streik zu treten. Nun drohten die Arbeitgeber mit Aussperrung der übrigen Berufe. Dies wurde am Sonnabend, den 24. April, wahrgemacht. Die nicht von der Aussperrung betroffenen Wagenjattler beschloß darauf, in allen Betrieben, die den vorgelegten Sondertarif nicht anerkannten, die Arbeit niederzulegen. Einzelne Meister erkannten unsere Forderungen ohne weiteres an, wurden aber am nächsten Tage vom „Bund“ gezwungen, ihre Unterschrift zurückzuziehen. Somit stehen hier 52 Kollegen im Ausstand.

H. Menold.

Hamburg, Altona, Wandsbek. Versammlung am 21. April. Nach einem Referat der Kollegen Meyn und Dregerius über den Aufbau der Verwaltungsstelle Hamburg resp. die Gestaltung der Finanzverhältnisse wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Der Ort führt folgende Beitragsklassen ein: 1. Klasse bei Löhnen über 4 Mk., 2. Klasse (Löhne 3 bis 3,99 Mk.), 4. Klasse (Löhne weniger wie 3 Mk.), 5. Klasse (Jugendliche) 50 Pf. 6. Klasse (Lehrlinge) 30 Pf. Auf die 1., 2. und 4. Klasse kommt ein Lokalzuschlag von 50 Pf. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Remold, 2. Vorsitzender; Hurland Kassierer; Dregerius, 2. Kassierer; Werner, 1. Kleinan, 2. Schriftführer; Halbauer, Vogel und Schoepf, Beisitzer. In die Gewerkschaft wurden gewählt: Dregerius, Priemensch, Nießmann und Meyn. Bis zur endgültigen Wahl des 1. Vorsitzenden, welcher gleichzeitig Gauleiter ist, führt Meyn die Geschäfte des 1. Vorsitzenden. Die Gehaltsbeiträge wurde nach den hiesigen Beschlüssen geregelt. Walter Süßberg.

Königsberg i. Pr. (29. 4.) Gemeinshaftliche Versammlung vom 20. April. Der Vorsitzende der Sattler teilte mit, daß bei dem Unglück in Notenspin zwei Kollegen, ein Sattler und ein Tapezierer, ums Leben gekommen sind. Die Anwesenden erklärten das Andenken der Verstorbenen. Als Vorsitzender wird gewählt Monnek, als Kassierer Rey. Unsere Mitgliederversammlungen werden jeden Dienstag nach dem Ersten im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses stattfinden. Es wird beschlossen, 3 Mk. Beitrag und 50 Pf. Lokalzuschlag zu zahlen. Weibliche zahlen 1,50 Mk., Lehrlinge 30 Pf. Eine Kommission soll sich nach einem geeigneten Ausflugslokal umsehen. Mit einem Hoch auf den Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuille endete die Versammlung.

Roesler.

Leipzig. Am 19. April fand unsere erste gemeinsame Versammlung statt. Kollege Steiner wies auf die Wichtigkeit der Verschmelzung hin. Dagegen gab den Bericht des Verbandstages in Halle. Aus diesem ersehen wir, wie dort gearbeitet wurde. Ein reines Komödientpiel hat man getrieben, wie noch nie zu verzeichnen war. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Leipziger Kollegen des Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes nehmen Kenntnis von den Beschlüssen des Verbandstages in Halle und legen gegen denselben ganz energig Protest ein. Das Vertrauen der Kollegen kann die Zentralleitung nicht mehr für sich in Anspruch nehmen, da sie die vorwärtstreibenden Kollegen systematisch unterdrückt.“ Dann sprach Parisch zur Kündigung des Tarifes der Tapezierer. Die Beschlüsse der Zentral-Arbeitsgemeinschaft wurden von der Leipziger Innung nicht eingehalten. Die wirtschaftliche Lage im allgemeinen treibt uns dazu, den Tarif zu kündigen. Kollege Reider gab hierauf den Bericht vom Tarifamt in Frankfurt am Main. Für Leipzig kommen auf den Grundlohn 15 Proz. Orts- und 130 Proz. Teuerungszuschlag. Nachwärtend sind tiefe Sätze ab 1. April zu zahlen. Dann wurde noch die Beitragsfrage und einige örtliche Angelegenheiten erledigt.

Reider.

Magdeburg. (6. 5.) Versammlung vom 28. April. Gauleiter Busch erstattete den Bericht vom Verbandstag in Halle. Es waren 60 Mitglieder anwesend. Er betonte die Notwendigkeit der Beitragserhöhung und daß uns andere Gewerkschaften darin weit voraus sind. Zum Reichstagsbeitrag bemerkt Busch, daß für weibliche Mitglieder keine Mindestlöhne festgelegt sind, um zu verhüten, daß Kollegen durch billige Arbeitskräfte ersetzt werden. Busch betonte, daß er heute von der Filiale Magdeburg Abschied nimmt als Gauleiter, die er 17 Jahre vertreten hat. Kollege Busch wird ersucht, die Festrede zu unserem Verbrüderungsfest zu halten. In der Diskussion beteiligten sich Kühn und Himmstedt. Letzterer behauptete, daß der Verbandstag sich nicht mit der Lehrlingsfrage beschäftigt habe. Krutt.

München. (7. 5.) Nach dem Abschluß des Tarifvertrages durch Schiedsspruch bezüglich der Löhne ergab sich abermals die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung. Es kam zu einem Schiedsspruch, der, obwohl unsere Forderung bedeutend reduziert war, in der gemeinsamen Versammlung am 16. April mit Mehrheit angenommen wurde. Dann gab Hartmann den Bericht vom Verbandstag, dessen Beschlüsse wegen der Beitragshöhe, der Beamtengehälter und der Ferien der Beamten angefochten wurden. Für München wird ein zweiter Beamter notwendig, der Posten soll durch Ausschreiben besetzt werden. Beiträge wurden beschlossen: 3 Mk. für alle männlichen Kollegen, 2,50 Mk. für Näherinnen, 1,50 Mk. für Hilfsarbeiter und zuständige Jugendliche, 50 Pf. für Lehrlinge. Ortszuschlag für die erste Klasse 1 Mk., für die anderen Klassen, ohne Lehrlinge, je 50 Pf. Die nächsten Versammlungen, getrennt, sollen für die verschiedenen Berufsgruppen den Ausschluß wählen, deren Vorsitzende dann die engere Ortsverwaltung bilden. Aufgabe aller Kollegen ist es, wie bisher auch in Zukunft fest am Starren mitzugehen, damit es vorwärts geht.

M. Reizel.

Offenbach a. M. Ueber: „Die gegenwärtige Wirtschaftslage und die kommenden Tarifverhandlungen“ sprach Zentralvorsitzender Blum in einer gutbesuchten Vertrauensmännerversammlung am Montag, den 3. Mai. In fünfviertelstündiger, gut durchdachter Rede führte Blum die wirtschaftliche Entwicklung seit Beginn des Krieges im allgemeinen und ihre besondere Wirkung auf unser Gewerbe vor Augen und erntete reichen Beifall. Galm erklärte sich mit dem Referat einverstanden, vermittelte aber den revolutionär-sozialistischen Unterton. Der Referent habe wohl treffend die Misere im Wirtschaftsleben gezeigt, aber nicht den Ausweg heraus, der nach Galm's Auffassung nur im schärfsten revolutionären Klassenkampf und der Errichtung des Rätesystems zu finden sei. Es nahmen weiter das Wort Krüger, Anfermann, Vertbold, Jung, Wurm und Höf, die sich alle auf den Standpunkt des Referenten stellten. Entschieden beurteilt wurde das geringe Entgegenkommen der Fabrikanten bei den letzten Tarifverhandlungen und betont, daß von einem Abbau der Löhne noch lange nicht die Rede sein könne. Die von den Fabrikanten angebotene Senkung der Preise für Lebensmittel und notwendige Bedarfartikel sei nicht eingetreten, im Gegenteil eine erhebliche Preisversteigerung zu verzeichnen. Die nächsten Tarifverhandlungen müssen eine weitere Lohnerhöhung für alle bringen. Wenn aber die Lebensmittelpreise in nächster Zeit wirklich eine erhebliche Senkung erfahren sollten, trotz noch keine Aussicht vorhanden ist, dann müssen die Löhne mindestens noch längere Zeit stabil bleiben, um der Arbeiterschaft die notwendigen Anschaffungen zu ermöglichen, die sie die letzten vergangenen Jahre nicht machen konnten. Den Vertretern der Organisation werden diesbezügliche Richtlinien zu den Eisenacher Tarifverhandlungen mit auf den Weg gegeben. — In bürgerlicher Stunde schloß Höf die Vertrauensmännerversammlung mit dem Dank für die vortrefflichen Ausführungen des Kollegen Blum.

Solingen. Am 29. März haben wir nach sieben Wochen langem, erbittertem Kampfe die Arbeit wieder aufgenommen. Zur Vorgeschichte folgendes: Schon im Januar traten die Arbeiter der Schlägereien in den Streik. Weil es zu einer Vertiefung nicht kam, war für den 9. Februar der Generalstreik geplant. Die Fabrikantenvereine, welchen auch die Lederwaren- und Kartomatenfabrikanten angehörten, beschloßen für denselben Tag die Aussperrung sämtlicher Arbeiter. Unsere Berufsgruppe wollte sich am Generalstreik nicht beteiligen, weil das ein Bruch des Reichstaris gewesen wäre. Wir leisteten diesen Beschluß auch unseren Fabrikanten mit. Trotzdem wurde am 9. Februar in sämtlichen Betrieben ein Plakat ausgehängt, in dem allen Arbeitern und Arbeiterinnen gekündigt wurde. Nun verließen wir sofort die Arbeitsstellen. Das war von beiden Seiten ein Tarifbruch. Nach einigen Tagen ging vom Tarifamt in Offenbach ein Telegramm ein mit der Aufforderung an die Unternehmer, sofort die

Betriebe wieder zu öffnen. Ein Telegramm an uns forderte, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen. Wir stellten uns den Fabrikanten zur Verfügung, wurden aber abgewiesen. Alle Versuche, mit den Fabrikanten zu Verhandlungen zu kommen, waren erfolglos. Unsere kleine Schar von 800 Personen fiel bei der großen Ausperrung von über 35 000 Arbeitern nicht auf. Am 22. März nahmen die Stahlwarenarbeiter die Arbeit wieder auf unter sehr günstigen Bedingungen. Unsere Unternehmer wunderten sich sehr, daß wir da nicht auch sofort die Betriebe wieder aufzuleben ließen. Als wir nun wegen der hier herrschenden Teuerung (eine Folge der Kaufkraft der Besatzungsgruppen) auch eine entsprechende Lohnaufbesserung verlangten, erklärten sie dieses tarifwidrig, obgleich sie sich bei der Ausperrung nicht an den Tarif gehalten hätten. Im Laufe der nächsten Woche mehrten sich die Anzeichen, daß wir unsere Leute nicht mehr länger auf der Straße halten konnten. Wir nahmen die Arbeit am 29. März wieder auf. Am nächsten Tage stattfindende Verhandlungen brachten uns eine Lohnhöhung von 20 bis 27 Proz. und die Verlängerung der Arbeitszeit von 46½ auf 48 Stunden. Wegen der Arbeitszeit wurde sofort Klage beim Tarifamt erhoben (laut § 12 Abs. 3) wegen Entschädigung für Verdiensterlust infolge tarifwidriger Ausperrung. Ein Bescheid hierüber ist uns noch nicht geworden. Bei den Unterstützungsfällen, die uns laut Statut zustehen, war es uns in dieser teuren Zeit unmöglich, die Kollegen sieben Wochen zu halten, wenn uns die Mitglieder der Zahlstellen im Reich nicht so reiche Zuzunahmen gemacht hätten. Allen diesen Kollegen und Ortsverwaltungen sagen wir hiermit nochmals unsern wärmsten Dank. Haltet fest am Reichstareif! Hoch die Sozialarbeit!
 J. A. Paul Deichmann, 2. Vorf.

Stuttgart. (5. 5.) Am Mittwoch, den 28. April, fand im Metallarbeiterheim unsere gemeinsame Versammlung statt, in welcher die Verschmelzung vollzogen wurde. Der Vorsitzende begründete die Vorschläge der Ortsverwaltungen auf Schaffung von Branchenleitungen, deren Obleute die erweiterte Ortsverwaltung, der 13 Personen angehören würden, bilden sollen. Um die Anstellung eines weiteren Ortsbeamten zu vermeiden, sollen diese Branchenleitungen möglichst selbständig arbeiten. Diesen Vorschlägen wurde seitens der Versammlung einmütig zugestimmt. Hierauf wurde die Wahl der engeren Leitung, welche die eigentlichen Geschäfte des Verbandes führen soll und aus 5 Personen besteht, vorgenommen: 1. Vorsitzender König (Sattler), 2. Vorsitzender Scholer (Tapezierer), Schriftführer Schindler (Sattler), Beisitzer Dehler (Tapezierer), Weller (Sattler) bleibt Kassierer und Ortsbeamter. Der Vorsitzende dankt den Kollegen für das Vertrauen, das ihm durch seine Wiederwahl entgegengebracht wurde, und verspricht, bestrebt zu sein, daß die Gegenstände innerhalb der Kollegenschaft immer mehr verschwinden, um die gesamten Kollegen zu einer einheitlichen Front zusammenzuführen.

Striegau. Am 20. April fand eine gut besuchte Versammlung im „Fürst Bismarck“ statt. Die in den Innungsbetrieben beschäftigten Kollegen rügten die Mißstände, welche da noch herrschen. Stundenlöhne von 1,80 Mk. für Sattler über 23 Jahre sind das übliche. Die Meister halten auch noch an zehnstündiger Arbeitszeit fest. Zur Regelung dieser und anderer Fragen wurde beschlossen, die Mitwirkung des Gauvertreters in Anspruch zu nehmen. Nachdem der neu erwählte Vorsitzende, Kollege Bante, auf die Wichtigkeit eines straffen Zusammenhaltens hingewiesen hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Tapezierer.

Bremen. Hier wurde eine Teuerungszulage von 50 Pf. für männliche und 25 Pf. für weibliche Kollegen bewilligt. Der Mindestlohn beträgt ab 1. Mai 4,75 und 2,85 Mk. pro Stunde. Wir haben die Zulage angenommen (gefordert waren 1,50 Mk.), aber auch gleich den Tarif zum 31. Mai gekündigt.

Crimmitschau. Ab 1. Mai gelten hier folgende Mindestlöhne: bis 19 Jahre 2,25, 19—21 3,—, 21 bis 25 3,75, über 25 Jahre 4,50 Mk. Jeder Gehilfe, der am 1. 4. ein Jahr im Betrieb tätig ist, 3 Tage Ferien, jedes Jahr 1 Tag mehr bis zu 6 Tagen. Wer schon über die Tariflöhne verdient, erhält einen Zuschlag von 40 Proz.

Frankenberg i. Sachsen. Bei Steiner u. Co. (Reformbetten) auf alle bis 1. 4. gezahlten Stunden- und Akkordlöhne 55 Proz. Zuschlag bis 30. Juni.

Duisburg. Am 3. Mai wurde mit 31 gegen 2 Stimmen der Ausstand beschlossen. Die Arbeitgeber verschleppten die Verhandlungen dauernd.

Ebenkoben. Seit Freitag, den 1. Mai, stehen hier 11 Kollegen im Ausstand. Es handelt sich um Anerkennung des Reichstareifs der Holzarbeiter, wodurch die in den Möbelfabriken beschäftigten Tapezierer in Mitleidenschaft gezogen werden.

Ludenwasche. Am 3. Mai wurden hier folgende Löhne vereinbart: (Für Sattler) im ersten Gehilfenjahre 2,70, im zweiten bis dritten 3 Mk., für ältere Gehilfen 3,30 Mk. (Für Tapezierer) im ersten Gehilfenjahre 2,95, im zweiten und dritten 3,25 Mk., ältere 3,90 Mk. Bei der Firma Schulz sind die Differenzen noch nicht geklärt. Der Schlichtungsausschuß ist angerufen.

Heidelberg. Am 29. 4. wurde ein Tarif abgeschlossen. Im ersten Jahr nach der Lehre 2,80 Mk., im zweiten 3,40, im dritten Jahr 3,90 Mk., für 25 Jahre alte und ältere 4,50 Mk. Mindestlohn. Werkzeug wird gestellt, andernfalls pro Monat 3 Mk. Vergütung.

Wesel. Hier finden Verhandlungen statt, die bisher zu einem Ergebnis noch nicht geführt haben. **Themar.** Auch hier sind Verhandlungen im Gange zwecks Abschluß eines Tarifvertrages.

Witten a. Ruhr. Hier wurde am 1. 4. 1920 ein Zusatzvertrag vereinbart. Der Grundlohn für Gehilfen über 25 Jahre von 4,50 Mk. gilt als Höchstlohn für Stapelarbeiter. Näherinnen pro Stunde 2 Mk., selbständige 2,25 Mk. Bestehende bessere Löhne dürfen nicht geändert werden. Am 15. jeden Monats wird eine Revision der Löhne vorgenommen, diese treten dann am ersten des Monats in Kraft. Ferien nach ½ Jahr 3 Tage, nach 1 Jahr 5 Arbeitstage. Werkzeugenschädigung 3 Mk. für Gehilfen, Köchlerinnen 2 Mk. pro Monat.

Wernigerode. Es wurde hier folgendes bewilligt: Die Löhne erhöhen sich ab 1. April um 50 Proz., sie betragen jetzt für Gehilfen im ersten und zweiten Jahr nach der Lehre bis zum Alter von 23 Jahren 2,70 Mk., über 23 Jahre 3,21 Mk. Die Vereinbarungen gelten bis 15. Mai 1920. Zeigen von da an die Preise weiter steigende Tendenz, werden die Wochenlöhne soweit erhöht, daß die Mehrausgaben pro Kopf und Woche des Haushalts ausgeglichen werden.

Rheinland-Westfalen. Endlich erfahren wir, daß bezirksweise Verhandlungen im Ruhrgebiet abgelehnt sind, bis heute hat man uns damit hingezogen. Auf Grund unserer eingereichten Forderungen werden sofort überall örtliche Verhandlungen nachgesucht. Unschonend drohen allerorts ernste Konflikte. Daher ist Zugzug fernzuhalten nach Duisburg, Oberhausen, Gelsenkirchen, Essen, Bochum, Dortmund, Osna brück.

Die Kollegen in Duisburg stehen im Streik. Genannte Städte sind gesperrt. Kollegen allerorts, achtet auf Streifarbit. Der Gauborstand.

Karlsruhe. Hier sind Forderungen gestellt: 25 Proz. für ältere, für über 20 Jahre 15 Proz., bis 20 Jahre 10 Proz. Zulage. Der Schlichtungsausschuß ist angerufen. Ob die Unternehmer annehmen, ist fraglich.

Augsburg fordert: Im ersten Jahr 2 Mk., im zweiten 3,50 Mk., im dritten 4,20 Mk., ältere Gehilfen 5 Mk., Lederarbeiter 6,50 Mk. Die Unternehmer lehnen Verhandlungen ab. Der Schlichtungsausschuß ist angerufen.

In Hamburg stehen 52 Wagenfaktler im Ausstand.

In Hildesheim stehen die Kollegen im Ausstand. **Sattler.**

Berlin. In der Brandenburger Versammlung der Wagenfaktler berichtete am 5. Mai Odm. Priezel über die Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband und Wagenbauartell. Es wurde erzielt: Ab 1. Mai ein Lohnzuschlag von 1,25 plus 25 Pf. ab 1. Juni, und 50 Pf. ab 1. Juli pro Stunde auf die bestehenden Löhne. Werkzeugenschädigung pro Woche 2 Mk. Die Bezahlung der Feiertage wurde fallen gelassen, wird aber bei späteren Verhandlungen erneut gefordert. **Türl.**

Rundschau.

Das neue Wahlgesetz wurde mit 301 Stimmen in der Nationalversammlung angenommen. Auf Grund der Verhältniswahl sollen je 60 000 Wähler einen Abgeordneten entsenden können. Aus dem Ueberschuß der abgegebenen Stimmen wird eine Reichsliste gebildet. Danach können jeder Partei durchschnittlich 9 weitere Mandate durch Wahl zugeführt werden. Heeresangehörige haben kein Wahlrecht. Der Reichspräsident muß durch Volkswahl gewählt werden. Wichtig für die Wahl zum Reichstag ist der 6. Juni 1920.

Die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf Einkommen bis zu 20 000 Mk. hat die Nationalversammlung abgelehnt; es sollte bei einer Grenze von 12 000 Mk. bleiben. Vergeblich machte Molkenbühr geltend, daß dem heutigen Geldwert entsprechend, wo 2500 Mk. in Gold einer Summe von 25 000 Mk. entsprechen, 20 000 Mk. Einkommen nicht viel bedeuten. Die Gegner sind der Meinung, wer über 12 000 Mk. Einkommen hat, könne den Arzt selbst bezahlen. Die Ärzte stehen auch sofort Sturm gegen die Er-

höhung der Einkommensgrenze und fürchteten ihren Ruin. Inzwischen ist ein neuer Beschluß aufkande gekommen, der eine Grenze von 15 000 Mk. vorsieht.

Es wäre an der Zeit, einmal ernstlich zu prüfen, ob unser ganzes Gesundheitswesen nicht besser sozialisiert wird. Die Behandlung der Krankenkassenmitglieder durch die Kassenärzte ist keineswegs ideal, im Gegenteil.

Zur Sozialisierungsfrage. Dr. Hilferding, der bekannte Führer und Theoretiker der unabhängigen Partei äußerte sich gegenüber einem belgischen Sozialdemokraten bezüglich der Verstaatlichung der Vergewerke: „Aber wissen Sie denn nicht, daß man zehn Jahre braucht, um die Verstaatlichung der Vergewerke durchzuführen, und daß eine Regierung, so revolutionär sie auch sei, das tattisch Mögliche berücksichtigen muß?“

Die Regierung hat zwar zugefagt, daß mit der Sozialisierung baldmöglichst begonnen wird, allein wenn man den Stand der Reichsfinanzen betrachtet, dann schwindet unsere Hoffnung gar zu sehr, daß dieses Versprechen eingelöst wird. Die Sozialisierungskommission soll ja ihre Arbeiten wieder aufgenommen haben. Man wird abwarten müssen, welche Vorschläge sie zu machen hat.

Wirtschaftsnot und Hilfe. Es ist nicht gut, unser Volk über seine augenblickliche Wirtschaftslage hinwegzutäuschen. Niemand kann behaupten, die tiefste Stelle wirtschaftlicher Zerrüttung sei schon erreicht. Nur der Glaube an unser Volk und seine Kraft darf nicht verloren gehen. Hart und rauh wird die deutsche Wirklichkeit der nächsten Jahre zehnte sein. Aber was Härte und Rauheit! Ein großes, tüchtiges, wenn auch gegenwärtig in seinem Gemüt verwirrtes Volk muß leben, also betrete es die wenn auch noch so schmale Brücke, die aus dem Schatten herausführt. Nur eines sei unmissverständlich festgesetzt: Es wird immer nur die eigene Kraft sein, die das Werk errichtet. Gut, wenn die gute Tat von draußen über Augenblicksschwierigkeiten hinweghilft, und unabwiesbar ist die Nachprüfung eines Sklavensvertrags, der den Verantwortlichen vor der Pflichterfüllung toschlägt; aber der Bau der deutschen Zukunft wird darum doch nur aus deutschem Material entstehen. Anpruchslosigkeit, Sparsamkeit, Tatkraft, Organisationskunst und, nicht zuletzt, Arbeitsamkeit sind Merkmale deutschen Lebens: Es wird sich zeigen, ob die Wirrnisse dieser Lage dieses Wesen verschütten konnten.

Die deutschen Konjunktionsgenossenschaften sträuben sich nicht, sich den Anteil an Werke zuzumessen, der ihnen zusteht. Wenn nicht alle Zeichen trügen, ist die deutsche Konjunktionsgenossenschaftsbewegung schon dabei, dieses Stück Arbeit zu leisten. Alle Arbeit ist unrentabel, wenn sie nicht mit dem rechten Werkzeug verrichtet wird. Es gilt, auf das brauchbarste Werkzeug zu wirtschaftlicher Arbeit zu achten: auf eine vollkommene Organisation. Die Verbrauchervereinigungen müssen so gebaut sein, daß sie auf die Veränderlichkeit und Unklarheit der Wirtschaftsverhältnisse jeden Augenblick eingestellt sind. Jeder Konjunktionsverein sei in der Hand seiner berufenen Leiter das auf alle Erscheinungen des Wirtschaftslebens eingestellte lebendige Werkzeug. Lebendig soll die Organisation sein, keine mechanisch bewegbare Maschine. Das setzt lebendigste Anteilnahme aller Genossen an der Gesamtheit der Genossenschaft voraus. Wo es auch sei bei der Werberarbeit und beim Suchen nach den besten Formen der Organisation, immer geht die Angelegenheit alle an. Die in diesem Sinne geleistete Arbeit wird am ehesten auf jene Verbraucher wirken, die selbst heute noch ohne Organisation dastehen.

Bücherschau.

Bert, Otto. Mit Russland zum Aufbau und zur Freiheit. Verlag Berlin W. 57. Preis 1 Mk.

Bert ist Sekretär der deutschen Arbeiterräte in St. Petersburg; man darf ihm somit das Vertrauen schenken, daß er die russischen Verhältnisse kennt. Er hält die Rätediktatur für Deutschland für ein furchtbares Unglück, weil dadurch der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands auf lange Zeit hinaus in Frage gestellt sein würde. Nur ein auf dem Boden der Demokratie stehendes, produktiv schaffendes Proletariat sichert den organisch fortschreitenden Gang der Weltrevolution. Das Schriftchen ist überaus lehrenswert.

Fendrich, Anton. Judentum und Sozialismus. Verlag Günther, Freiburg i. B. Preis 1,90 Mk., bessere Ausgabe 2,10 Mk.

Fendrich ist als Volksschriftsteller längst bekannt und hat uns schon manches Gute gebracht. Auch sein Werkchen über die Judenfrage atmet hohe sittliche Kraft. Er versucht, die Juden und ihre geistigen Fähigkeiten gerecht zu bewerten und weist nach, daß die fähigsten Köpfe unter ihnen dem ganzen Volke schon manchen unschätzbaren Dienst geleistet haben. Der zurzeit wieder gekehrte Judentum richtet sich weniger gegen die Juden selbst, als vielmehr gegen die Demokratie. Das dürfte stimmen.

Verbandsnachrichten.

Verwaltungsstelle Offenbach a. M.

Die Sprech- und Kassenstunden im Verbandsbureau, Auftr. 91, finden statt: täglich von 11 bis 1 Uhr mittags. Ferner am Montag und Freitag abends von 5 bis 7 Uhr, am Mittwoch abend von 5 bis 6 Uhr.

Im Interesse einer geregelten Geschäftsführung, wie im eigenen Interesse unserer Mitglieder, ist es dringend notwendig, daß die obigen Stunden genau eingehalten werden.

Die Ortsverwaltung.

H. J.

Uelwitz. Kollege Max Mehr ist am 15. Mai 1920 30 Jahre bei der Firma E. Kaufmännig tätig.

Versammlungskalender.

Berlin. (Kleber.) Am Dienstag, den 17. Mai, bei Schneider, Holzmarktstr. 65, Versammlung. Stellungnahme zu den Tarifveränderungen. Erscheinen aller Kleber ist notwendig.

Die Sektionsleitung.

Berlin. Die Versammlung der Lederwarenbranche findet am 19. Mai nicht statt.

Uelwitz. Familienausflug am 30. Mai nach Prenzlau bei Laband (Dudok). Abmarsch 1 1/2 Uhr vom Löwendenkmal.

Hamburg-Altona-Wandsbek. Freitag, den 21. Mai, abends 6 1/2 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus, 1. Stock. Abrechnungen, Wahl des

Gauleiters, der Bezirksleitung und Lehrlingskommission. Bericht über die Tarifffrage. Sommerbergnügen. Die Ortsverwaltung.

Sterbetafel.

Köppern i. Taunus. Infolge Unglücksfalls verlor die Kollegin Anna Braun im Alter von 19 Jahren am 20. April ihr Leben.

München. Am 5. Mai verstarb unser langjähriger Kollege und Kassierer der Zentral-Krankenkasse Sebastian Graf, 57 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige.

Die neuen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, betreffend Heraushebung des Grundlohnes und Ausdehnung der Versicherungspflicht, bedingen eine Abänderung der für Abteilung A (Erfasskasse) gültigen Satzung. Diese Abänderung ist eine dringliche im Sinne des § 20 Abs. 4. Der Aufsichtsrat ist demnach ermächtigt, dieselbe mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde vorläufig vorzunehmen. Mit Rücksicht darauf, daß inzwischen auch einige für die Abteilung G (Zuschußkasse) gültige Bestimmungen von den Zeitverhältnissen überholt worden sind, haben Vorstand und Aufsichtsrat der Kasse einstimmig beschlossen, auch hier eine Abänderung herbeizuführen. Dasselbe ist absolut notwendig, entspricht den Wünschen weitaus meisten Mitgliederkreise, kann jedoch nicht als dringlich im Sinne des § 20 Abs. 4 angesehen werden. Zwischen Vorstand und Aufsichtsrat ist deshalb Übereinstimmung dahin herbeigeführt worden, die erforderlichen Satzungsänderungen den Abgeordneten der letzten Generalversammlung, deren Wahlperiode bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung reicht, zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Auf diese Weise spart die Kasse die unter den heutigen Verhältnissen außerordentlich hohen Kosten einer Generalversammlung. Die erforderlichen Unterlagen sind den Abgeordneten, ebenso den Verwaltungsstellen mittels Mundschreiben vom 8. März und 20. April 1920 zugegangen. Die nach eingehender Aussprache zustande gekommenen endgültigen Abänderungsvorschläge konnten nachfolgend nochmals zum Abdruck:

§ 8 Abs. Beitrag, Ziffer 1 soll lauten: Für die Beiträge in Abteilung A sind Grundlöhne bestimmend. Diefelben betragen wöchentlich: Für die 1. Klasse 30 Mk., für die 2. Klasse 60 Mk., für die 3. Klasse 120 Mk., für die 4. Klasse 150 Mk. und für die 5. Klasse 180 Mk.

§ 8 Abs. Beitrag, Ziffer 2 erhält folgenden Wortlaut: Der Beitrag, welcher im voraus zu entrichten ist, beträgt pro Woche:

Abteilung A: Für die 1. Klasse 1,20 Mk., für die 2. Klasse 2,40 Mk., für die 3. Klasse 4,80 Mk., für die 4. Klasse 6,— Mk. und für die 5. Klasse 7,20 Mk. Abteilung B: Für die 6. Klasse 0,80 Mk., für die 7. Klasse 1,— Mk., für die 8. Klasse 1,20 Mk., für die 9. Klasse 1,60 Mk., für die 10. Klasse 2,— Mk. und für die 10a-Klasse 2,40 Mk.

§ 8 Abs. 17 soll lauten: Mitglieder, die das ihnen satzungsgemäß zustehende Krankengeld voll bezogen haben, voraussichtlich dauernd erwerbsunfähig bleiben und insolgedessen Anspruch auf Krankengeld nicht mehr erheben können, können — vorbehaltlich der Bestimmung im § 15 Abs. 4 — sich auf Antrag das Sterbegeld ihrer Beitragsklasse durch Leistung eines Wochenbeitrags im Monat sichern. Der Antrag ist an den Vorstand zu richten. Die ermäßigte Beitragsleistung beginnt mit dem der Genehmigung folgenden vollen Monat. Mitglieder, die von den Erleichterungen dieser Bestimmung Gebrauch machen, können Anspruch auf Unterstützung nach §§ 9—14 der Satzung nicht erheben.

§ 9 Abs. 2, 2. Satz soll folgenden Wortlaut erhalten: Das Krankengeld beträgt in Abteilung A: in der 1. Kl. pro Arbeitstag 3,— Mk., wöchentl. 18,— Mk. " " 2. " " " 6,— " " 36,— " " " 3. " " " 12,— " " 72,— " " " 4. " " " 15,— " " 90,— " " " 5. " " " 18,— " " 108,— "

§ 9 Abs. 3 soll lauten: In Abteilung B wird Krankenpflege nicht gewährt, sondern nur Krankengeld; es beträgt nach Maßgabe des Absatzes 2 dieses Paragraphen nach 10wöchiger Mitgliedschaft:

in der 6. Kl. pro Arbeitstag 3,— Mk., wöchentl. 18,— Mk. " " 7. " " " 3,75 " " 22,50 " " " 8. " " " 4,50 " " 27,— " " " 9. " " " 6,— " " 36,— " " " 10. " " " 7,50 " " 45,— " " " 10 a " " " 9,— " " 54,— "

§ 15 Abs. 1 soll lauten: Für den Todesfall eines Mitgliedes gewährt die Kasse gegen Einlieferung des Mitgliedsbuches und der Bescheinigung des Standesamtes über die Eintragung des Todesfalles ein Sterbegeld, welches beträgt: In der 1. Klasse 125 Mk., 2. Klasse 250 Mk., 3. Klasse 500 Mk., 4. Klasse 625 Mk., 5. Klasse 750 Mk., 6. Klasse 100 Mk., 7. Klasse 125 Mk., 8. Klasse 150 Mk., 9. Klasse 200 Mk., 10. Klasse 250 Mk., 10a. Klasse 300 Mk.

§ 15 Abs. 2 soll lauten: Stirbt ein Mitglied, welches der Kasse noch nicht zwei Jahre angehört, so beträgt das Sterbegeld: In der 1. Klasse 100 Mk., 2. Klasse 200 Mk., 3. Klasse 400 Mk., 4. Klasse 500 Mk., 5. Klasse 600 Mk., 6. Klasse 60 Mk., 7. Klasse

62,50 Mk., 8. Klasse 75 Mk., 9. Klasse 100 Mk., 10. Klasse 125 Mk., 10a. Klasse 150 Mk.

§ 31 soll lauten: Die abgeänderte Satzung tritt am 1. Juli 1920 in Kraft. Versicherungspflichtige Mitglieder der Abteilung A haben sich der ihrem Grundlohn entsprechenden Klasse anzuschließen. Und zwar müssen dieselben bei einem wöchentlichen Durchschnittsberdienst bis zu 30 Mk. in der 1. Klasse bis zu einem solchen über 30 bis 60 Mk. in der 2. Klasse, bei über 60 bis 120 Mk. in der 3. Klasse, bei über 120 bis 150 Mk. in der 4. Klasse und bei über 150 Mk. in der 5. Klasse steuern.

2. Die Mitglieder der Abteilung B, die der 6. und 7. Klasse angehören, treten zur neuen 6. Klasse über, die der 8., 9. und 10. Klasse haben ohne weiteres das Recht, Beiträge in der neuen 8., 9. und 10. Klasse bzw. in der neuen 9., 10. und 10a. Klasse zu leisten, doch steht es ihnen frei, in die den bisherigen Beiträgen und Leistungen entsprechenden Klassen 6, 7 und 8 überzutreten.

3. Mitglieder, die zurzeit des Inkrafttretens dieses Nachtrags erkrankt sind, treten erst nach Wendeigung dieses Versicherungsjalles in die für sie in Frage kommende Klasse ein. Bis dahin erhalten dieselben das Krankengeld, welches ihnen nach den Bestimmungen der unveränderten Satzung zusteht.

Das notwendige weitere Material ist den Abgeordneten in diesen Tagen zugestellt worden. Die Abstimmung soll am 22. Mai erfolgen und müssen die zugestellten Abstimmungsbogen bis spätestens den 23. Mai wieder in unseren Händen sein. Wir bitten dem entsprechen zu wollen, damit die beschlossenen Satzungsänderungen dem Reichsaufsichtsamte so bald als möglich zur Genehmigung eingereicht werden können.

Leipzig, den 8. Mai 1920.

Der Zentralvorstand.

J. A.: G. Zinke. P. Städter.

Die in Aussicht genommene Abänderung des § 9a muß zurückgestellt werden, da die gesetzlichen Unterlagen noch nicht in unseren Besitz gekommen sind. Eine etwa erforderliche Satzungsabänderung wird später als dringliche im Sinne des § 20 Abs. 4 der Satzung vom Aufsichtsrat vorläufig vorgenommen werden können.

Züchtige Täschner

welche in Maulbügeltaschen und Suittasenstoffer gut eingearbeitet sind, für eine Lederwarenfabrik Süddeutschlands zum sofortigen Eintritt gesucht. Bei entsprechender Leistung dauernde Stellung. Offerten unter E. 3. 600 a. d. Exp. d. Bl.

Ia Schnürfäden

2 und 3 fach (Zinnenstadter Fabrikat) erhalten Sie preiswert bei Johannes Dackelmann, Hamburg 11

Fachmännischer Meister auf Markttaschen wird gesucht. Zudermann, Berlin N., Alterstr. 167. Norden 85-0.

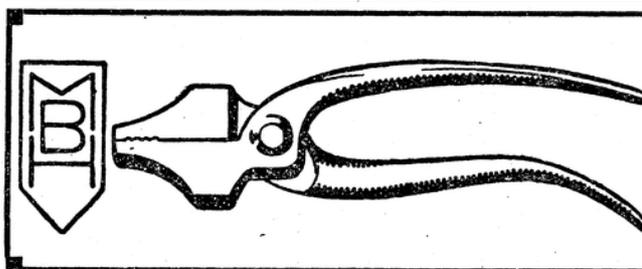
700kg Riemenbeschläge

wie Schnallen, Schlaufen, Haken, Nieten, Rinnriemenbeschläge für Stahl- und Lederhelme, aus Heeresbeständen herrührend, sofort abzugeben. Angebote erbitet

Reichstreuhandels-gesellschaft, A.-G. Nebenstelle Essen, Burgplatz 5.

Süchtiger älterer Lederschärfer

mit der Fortuna-Maschine und allen Arbeiten vertraut, der auch zuschneiden kann, sucht sofort Stellung. (Auch Ausland.) Off. a. d. Exped. Ph. 12.



Kantennähmaschine „Minerva“

oder anderes Fabrikat, neu oder gebraucht, aber gut erhalten, zum Ueberechnen von Ledertaschen aus 2 bis 3 mm starkem Leder zu kaufen gesucht.

Gefl. Angebote erbeten unter N. N. 168 an Rudolf Woffe, Magdeburg.

Max Brucklacher

Hamburg I

Werkzeuge Stahlwaren

Engros